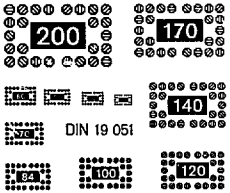

ARL KAUTSKY

LIGER-ARCHIV
II 148
Neue Programme
1933
VC 6JJ

COPYRIGHT 1933 BY
E. PRAGER-VERLAG
WIEN — LEIPZIG

DRUCK:
JOSEF SCHWARZ
WIEN IX

AA 08
A.A.

NEUE PROGRAMME

EINE KRITISCHE UNTERSUCHUNG

VON

KARL KAUTSKY

epv

E. PRAGER-VERLAG · WIEN—LEIPZIG

AA 08
A.A.
SEU AA 12453

VORWORT.

Durch verschiedene Äußerungen der Parteipresse angeregt, schrieb ich die vorliegende Abhandlung in ihren wesentlichen Teilen nieder, ehe die Konferenz der sozialistischen Internationale in Paris tagte (im August dieses Jahres). Deren Verhandlungen haben mich nicht veranlaßt, etwas an meinen Ausführungen zu ändern. Sie haben diese aber auch nicht überflüssig gemacht. Im Gegenteil. Die Pariser Diskussionen zeigten eindringlich, wie große Differenzen in grundlegenden Fragen nicht etwa zwischen den einzelnen Parteien der Internationale, sondern innerhalb fast jeder ihrer Parteien bestehen.

Die Pariser Debatten endeten allerdings mit der fast einstimmigen Annahme (291 gegen 18 Stimmen und 5 Stimmenthaltungen) einer sehr klugen Resolution. Aber Otto Bauer, der sie einbrachte und in der Plenarsitzung verteidigte, wies selbst darauf hin, daß sie bloß über jene der dort diskutierten Fragen spreche, über die wir heute schon fast alle einig sind. Und das sei nicht wenig. Daneben gebe es jedoch wichtige Fragen für uns, „die wir noch zu bewältigen haben". Und „es wird der angestrengtesten geistigen Arbeit bedürfen, um die Einheit der Internationale herzustellen im Urteilen, Denken und Handeln".

Diese „angestrengteste geistige Arbeit" zu fördern, ist der Zweck der folgenden Ausführungen. Sie erscheinen mir umso weniger überflüssig, als ich hier manche Punkte zur Sprache bringen werde, die in Paris gar nicht oder doch nicht ausführlich erörtert wurden.

Die Einheit im Denken herzustellen, ist aber augenblicklich die wichtigste Aufgabe. Allerdings wer-

den die Probleme, vor denen wir stehen, nur durch energisches Handeln entschieden werden, nicht durch bloßes Denken. Aber die Kraft unseres Handelns wird umso größer sein, je größer unsere Einheit, und Einheit im Handeln setzt Einheit im Denken voraus. Selbstverständlich wird unser Handeln auch umso erfolgreicher sein, je richtiger unser Denken.

Der belgische Genosse Spaak beendete seine Rede in Paris mit einem Satz, der, wie er sagte: „den Willen und Gedanken der Linken und der Jugend ausspricht". Er verkündete:

„Es genügt nicht, Recht zu haben. Wir wollen auch siegen."

Sollte dieser Satz bloß erklären, daß Macht vor Recht geht, daß es nicht genügt, das moralische oder juristische Recht auf seiner Seite zu haben, sondern daß man dazu auch über die nötige Macht verfügen muß, so ist das eine sehr alte Erkenntnis, die keineswegs bloß den „Gedanken der Linken und der Jugend ausspricht".

Aber in der ganzen Diskussion war nicht vom moralischen Recht die Rede, sondern davon, welche Taktik und Strategie des Kampfes die richtige sei. In diesem Zusammenhang erscheint der Satz als eine Geringschätzung der theoretischen Arbeit, des Suchens nach richtiger Erkenntnis. Es wäre sehr bedenklich, wenn das die Meinung der Linken und der Jugend in der Sozialdemokratie wäre, wenn sie sagen wollten: wir verachten Vernunft und Wissenschaft, wir wollen dreinschlagen, das allein hilft. Alles andere ist leeres Gerede.

Gerade, um zu siegen, müssen wir trachten, richtig zu denken, unsere eigenen Kräfte wie die unserer Gegner sowie die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Kampfformen richtig zu erkennen, in diesem Sinne Recht zu haben. Siegen wollen wir alle, es fragt sich bloß, ob wir eher siegen, wenn wir ohne lange Untersuchungen wild vorwärtsstürmen und uns bloß auf unseren Elan verlassen, oder ob wir vorher das Kampfterrain sowie die Aufstellung der Truppen hüben und drüben und ihre Hilfsmittel genau rekognoszieren sollen — wenn uns Zeit und Gelegenheit dazu gegeben ist, was jetzt leider bei vielen Genossen

in der Emigration in höherem Maße zutrifft, als ihnen und uns lieb ist.

Sollte ich mit den folgenden Ausführungen ‚Recht haben', dann würde ich mit ihnen auch dem Siege dienen. Ich erstrebe ihn nicht minder heiß, als Genosse Spaak oder sonst einer der ‚Linken und der Jugend'. Gerade auf diese möchte ich wirken, es wäre mir eine besondere Freude, in ihren Kreisen meine zahlreichsten Leser zu finden.

Wien, November 1933.

Karl Kautsky

1. DAS NEUE WIRTSCHAFTSPROGRAMM DER REVOLUTION.

Die Feier des 50. Todestages von Karl Marx fiel fast auf den Tag mit der Eroberung der diktatorischen Macht durch Hitler zusammen. Nie war eine Marx-Feier so allgemein in der ganzen Welt begangen worden, wie diesmal. Noch nie schien das Gedankenleben des Sozialismus so einheitlich zu sein, wie jetzt — Marx beherrschte es ganz. Und doch zog der Machtaufstieg Hitlers eine weitgehende Zersplitterung dieses Gedankenlebens nach sich, die allerdings schon der Weltkrieg begonnen hatte.

Das macht die jetzige Situation ganz unähnlich der, die das Sozialistengesetz für die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hatte. Dieser war kurz vorher, 1875, die Einigung gelungen. Nur taktische und organisatorische Probleme schuf das Ausnahmegesetz, unsere Ziele wurden dadurch nicht berührt, weder unsere nächsten, noch unsere ferneren. Wir waren und blieben eine demokratische Partei, die Demokratie eine unserer wichtigsten Forderungen. Auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes bis zum Weltkrieg wurde die innere Einheit der deutschen Sozialdemokratie nicht aufgehoben, trotz aller revisionistischen Kritiken. Es gab immer einen rechten und einen linken Flügel in der Partei, — ihr Gedankenleben wird nie ein uniformiertes sein, — aber in unseren wesentlichen Zielen und Methoden stimmten wir stets überein. Vor allem in der Frage der Notwendigkeit der Demokratie.

Da kam der Weltkrieg. Er brachte große Verschiedenheiten unter den Parteigenossen in ihren Auffassungen des Charakters dieses Krieges und der Stellung der Sozialdemokratie zu ihm. Das führte schließlich zu einer Spaltung der deutschen Partei. Doch hätte die organisatorische und taktische Trennung mit dem Krie-

ge selbst aufgehört, wenn nicht die russische Revolution einen neuen Zwiespalt gebracht hätte, den zwischen diktatorischem und demokratischem Sozialismus.

Eine weitere Spaltung brachte der Aufstieg Hitlers, der eine Reihe bisher „marxistischer" Elemente dem Nationalsozialismus zuführte. Hitlers Sieg endlich droht, die Zersetzung der Arbeiterbewegung auf den Gipfel zu treiben: eine Reihe von Sozialdemokraten wird irre an der bisher von unserer Partei verfolgten Politik. Sie erscheint ihnen fehlerhaft und wird von ihnen verworfen. Völlig neue Wege müsse die Sozialdemokratie einschlagen, solle sie siegen und den Sieg behaupten können.

So sprachen wir nicht 1878, als das Sozialistengesetz über uns verhängt wurde. Wir sahen in diesem nicht ein Ergebnis von Fehlern, die unsere Partei begangen.

Heute ist das anders. Das bringt mit Notwendigkeit eine erneute Prüfung und Diskutierung unserer Grundsätze und Ziele mit sich. Das ist nicht sehr erfreulich in einer Situation, die jede Diskussion innerhalb des deutschen Reichs so gut wie unmöglich macht und alle Aufmerksamkeit der Genossen auf Fragen der Organisation der illegalen Arbeit lenkt. In einem Feldlager sind Diskussionen wenig am Platz. Trotzdem können wir uns ihnen nicht entziehen, denn wir müssen jetzt sehr klar sehen, wofür wir kämpfen. Es wäre verhängnisvoll, wollten wir darüber erst nachdenken, nachdem es uns gelungen, über Hitler zu siegen.

Darauf weist ein Artikel in Nr. 6 des tapferen Organs der deutschen Emigration, des „Neuen Vorwärts", hin, der den Titel trägt: „Revolution gegen Hitler und was dann?" Er ist sehr beachtenswert. Mit Recht betont er, daß es mit dem Haß gegen den Hitlerfaschismus allein nicht abgetan ist, daß dringend erforderlich sei die „absolute Zielklarheit der sozialistischen Bewegung".

Allerdings waren wir bisher der Meinung, diese Zielklarheit hätten wir bereits längst erreicht mit Hilfe der Marx'schen Methode. Wir meinten, die neuen Fragen, vor die uns der Sieg Hitlers stelle, beträfen die Methoden des Kampfes gegen ihn, da uns die seit 1918 erschlossenen Wege nicht mehr offen stünden. Aber wir sahen keine Notwendigkeit, unsere Ziele zu ändern

oder zu erhöhter „Zielklarheit" zu gelangen. Wir waren der Ansicht, unsere Parteiprogramme böten bereits die nötige Klarheit, vom Erfurter bis zum Heidelberger Programm. Wenn jemand die Frage aufwirft: „Revolution gegen Hitler und was dann?", den haben wir einfach zu verweisen auf unser bisheriges Programm.

Unser Freund im „Neuen Vorwärts" — er ist ungenannt, wir wollen ihn Genossen X nennen — fordert dagegen ein neues Programm und er skizziert es bereits:

„Das werden die Hauptpfeiler des n e u e n sozialistischen Programms werden: Aufteilung des Großgrundbesitzes in Verbindung mit dem Siedlungs- und Wohnungsproblem; Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Banken in Verbindung mit der Schaffung an Staatsmonopolen."

Ja, ist das ein neues sozialistisches Programm? Schon 1891 fordert das Erfurter Programm die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, Grund und Boden etc. in gesellschaftliches Eigentum.

Die späteren Programme der Sozialdemokratie haben an dieser Forderung nichts geändert. Was ist also neu an dem jetzt neu aufgestellten Wirtschaftsprogramm? Es stimmt im Wesentlichen mit unserem alten Programm überein. Nur erscheint mir seine Fassung teilweise weniger glücklich. Es spricht nicht von der Enteignung, sondern von der A u f t e i l u n g des großen Grundbesitzes. Eine solche kann ein Fortschritt dort sein, wo der Großgrundbesitz ohne moderne technische Hilfsmittel betrieben wird. Eine Zerschlagung eines rationellen großen Betriebs in kleine Bauernwirtschaften wäre technisch und ökonomisch ein gewaltiger Rückschritt. Seine Sozialisierung wäre weit rationeller.

Vieles von dem in Rußland Begonnenen, das wegen Mangel an geschulten Menschen und an Mitteln und wegen verkehrter Methoden scheitern mußte, wäre in Deutschland heute schon möglich. Darunter auch die Organisation von Kolchosen, die ich übrigens schon 1918 empfahl.

Derartige Einrichtungen sollte unser Aktionsprogramm nicht ausschließen. Darum ziehe ich seine alte

Fassung der neuvorgeschlagenen vor. Wir werden besser tun, wie bisher nicht von der Aufteilung, sondern nur von der Enteignung des Großgrundbesitzes zu sprechen und es der Zukunft und den Erfahrungen und Kräften, die sie bringt, zu überlassen, was wir mit dem enteigneten Großgrundbesitz anzufangen gedenken. Es wurde ehedem in unserer Partei wohl über die Formen diskutiert, die die großen Güter in einer sozialistischen Gesellschaft anzunehmen haben. Dagegen war die Enteignun[illegible] Großgrundbesitzes nie eine strittige Frage unter uns. Wozu also ein neues Programm?

Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß der Verfechter des neuen Programms im „Neuen Vorwärts" das bisherige gar nicht bestreite. Die Neuheit, die er fordere, bestehe vielmehr darin, daß unsere Partei es bisher versäumt habe, wenn sie an der Macht war, ihr eigenes Programm durchzuführen. Diesen Fehler dürfe sie nicht wieder begehen.

Sollten die kritischen Ausführungen unseres Genossen in diesem Sinne zu verstehen sein, dann stimme ich ihm ohne weiteres zu. Nur bestreite ich hier wieder, daß damit etwas Neues gefordert wird. Wo die Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben sah, zu sozialisieren, die großen Monopole des Grundbesitzes und der Kartelle in Gemeineigentum zu verwandeln, da hat sie es getan.

Man wirft der deutschen Sozialdemokratie vor, sie habe das 1918 unterlassen, obwohl sie es vermocht hätte. Es scheint mir, daß auch unser Kritiker im „Neuen Vorwärts" dieser Ansicht ist und daß er meint, dieser Fehler dürfe nicht wiederholt werden.

Sicher, der Fehler wäre ungeheuer, unverzeihlich gewesen, wenn unsere Partei eine Möglichkeit verpaßt hätte, die sich ihr bot, die schlimmsten Gegner des arbeitenden Volkes zu entwaffnen. Aber nichts irrtümlicher, als wenn man ohne weiters annimmt, in den Wochen des November, Dezember 1918, Januar 1919 wäre diese Möglichkeit gegeben gewesen, weil die sozialdemokratischen Volksbeauftragten damals die politische Macht in der Hand hielten.

Sie besaßen sie, aber unter welchen Umständen?

Schon in den ersten Tagen der Revolutionsregierung

wies das radikalste ihrer Mitglieder auf die Schwierigkeiten hin, die sie fand. Hugo Haase schrieb am 26. November an seinen Sohn Ernst:

„Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischen mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats." (Ernst Haases Buch über Hugo Haase 1929, S. 173).

Man stelle sich die außerordentliche Situation jener Monate vor. Das deutsche Reich war im Kriege zusammengebrochen. Es hatte einem Waffenstillstand zustimmen müssen, der es notwendig machte, auf das rascheste das ungeheure Heer über den Rhein zu führen. Die Millionen Soldaten mußten demobilisieren. Dabei galt es, die stockende Produktion wieder in Gang zu bringen und von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft überzuführen, sowie die verhungerte Volksmasse mit Nahrung zu versorgen, trotz der fortdauernden Blockade.

Zur Lösung dieser ungeheuren Aufgaben arbeiteten die verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie nicht zusammen, sondern gegeneinander. Karl Liebknecht und Ledebour waren aufgefordert worden, in den Rat der Volksbeauftragten einzutreten. Sie lehnten ab, bekämpften ihn nach Möglichkeit. Der Zentralrat der Arbeiterräte hätte die gesamten revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats zusammenfassen können. Aber seine linken Elemente schieden aus ihm aus, bloß aus dem Grunde, weil sie nicht über die Mehrheit in den Arbeiterräten verfügten.

Das waren die Umstände, unter denen die Sozialisierung der großen Betriebe hätte vorgenommen werden sollen. Die Frage wurde in den Hintergrund gedrängt durch die dringendsten Aufgaben des Tages, die alle Kräfte in Anspruch nahmen, der Demobilisierung, der Lebensmittelversorgung, der Behauptung der Regierung gegen bewaffnete Erhebungen.

Was durch einfache Dekrete zu Gunsten der Arbeiter damals eingerichtet werden konnte, wurde trotz diesen Schwierigkeiten von den Volksbeauftragten verfügt,

der Achtstundentag, die Betriebsräte, die Versorgung der Erwerbslosen.

Die Sozialisierung erheischt größte Vorbereitungen. Zu diesem Zwecke wurde schon Ende November 1918 eine Sozialisierungskommission eingesetzt. Aber die Wahlen zur Nationalversammlung vom Januar 1919 ergaben eine bürgerliche Mehrheit und machten damit einstweilen jedem Versuch einer weitgehenden Sozialisierung ein Ende.

Man konnte meinen, daß die Sozialdemokratie die Sozialisierung hätte eben sofort durchführen sollen, solange sie die alleinige Macht im Staate besaß. Wer dieser Ansicht ist, den verweise ich auf das Beispiel Ungarns. Dort gab es nach dem Zusammenbruch der Monarchie zuerst ein Koalitionsministerium bürgerlicher Radikalen und Sozialdemokraten unter dem Grafen Károlyi. Dessen Regierung wurde im März 1919 gestürzt, als die Kommunisten erstarkt waren. Diese setzten eine Regierung ein, in der neben Kommunisten auch radikale Sozialdemokraten saßen. Diese Regierung enteignete sofort den Großgrundbesitz und die großen industriellen Unternehmungen. Aber so einfach es war, die Enteignung auszusprechen, so schwierig die Neuorganisation der Produktion. Man hatte keine Zeit, sie vorzubereiten, was dahin führte, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln völlig stockte. Der revolutionären Regierung blieb nichts anderes übrig, als viele der enteigneten Großgrundbesitzer mit der Leitung ihrer bisherigen Betriebe zu beauftragen. Natürlich hätte man mit der Zeit schon Mittel und Wege gefunden, die Schwierigkeiten sozialistischer Landwirtschaft zu überwinden. Aber dazu fehlte in Ungarn 1919 die Zeit. Die revolutionäre Regierung, die Krieg gegen die Tschechoslowaken und Rumänen führte, brach zusammen und danach konnte der Großgrundbesitz wieder seine Güter übernehmen, deren Verwaltung durch ihn nicht aufgehört hatte.

Man sieht, eine überstürzte, unvorbereitete Sozialisierung taugt nichts. Die Sozialdemokraten waren aber in Deutschland nicht lang genug an der Macht, um die nötige Zeit zur Vorbereitung zu finden. Dies der Grund, warum es bei uns 1919 zu keiner Sozialisierung kam.

Sie scheiterte an den Machtverhältnissen und Kriegswirkungen, nicht aber an einem „bänglichen Schwanken feiger Gedanken". Ein solches durften und dürfen wir sicher nicht aufkommen lassen.

Nazis und andere Gegner der Sozialdemokratie, darunter natürlich die Kommunisten, lieben es, die Geschichte der deutschen Republik seit 1918 in dem Sinne darzustellen, als hätte damals die Sozialdemokratie die Allmacht erobert und es sei bloß ihrer Unfähigkeit oder ihrem Mangel an revolutionärem Enthusiasmus zuzuschreiben, wenn sie die großen Ausbeuter nicht expropriierte, was sie leicht hätte tun können.

Andere wieder meinen, die Sozialisierung sei nach 1918 daran gescheitert, daß die Partei unter dem Einfluß marxistischen Denkens es versäumte, rechtzeitig einen Plan für den sozialistischen Aufbau auszuarbeiten.

In Nr. 8 des „Neuen Vorwärts" verlangt Genosse Brandy von der Sozialdemokratie den Mut zur Utopie. Er wirft ihr vor, sie habe seit jeher alles geringgeschätzt, was nach konstruktivem Sozialismus aussah, sich nie mit der Frage beschäftigt, was nach der Machtergreifung durch uns geschehen solle. Selbst in den Tagen der Revolution von 1918 habe man für diese Frage kein Interesse gezeigt. Einzig Otto Neurath habe einen Sozialisierungsplan entworfen und der wäre von führenden Genossen mit Spott und Hohn abgetan worden.

> „Dieser vom Vorkriegssozialismus ererbte Mangel an konstruktivem Planen und Wollen machte die Hauptschwäche der S. D. P. aus."

Das ist ein schwerer Vorwurf. Aber zum Glück ein gänzlich unbegründeter. Um nur für meine Person zu sprechen, darf ich darauf hinweisen, daß ich schon im Jahre 1902 eine Schrift verfaßte, in der ich die Maßnahmen erörterte, die am Tage nach der Revolution von uns zu ergreifen wären. Auch später hat mich dieses Problem immer wieder beschäftigt. Noch im Kriege, Winter 1917—18 untersuchte ich unter anderem die Sozialisierung der Landwirtschaft in einer Schrift über die „Übergangswirtschaft".

Nach der Revolution wurde ich Vorsitzender der Sozialisierungskommission. Endlich 1922 veröffentlichte

ich mein Buch über „die proletarische Revolution und ihr Programm".

Also daß die Marxisten sich mit Fragen des konstruktiven Sozialismus nie beschäftigt haben, ist unrichtig. Detailpläne im Vorhinein für alle Zukunft haben wir allerdings nie ausgearbeitet. Das erscheint uns auch heute noch als ein törichtes Beginnen.

Die Schrift Neuraths aber wurde in den Tagen der Revolution 1919 nicht deshalb von uns „abgetan", weil sie es unternahm, die Sozialisierung durchzudenken und zu regeln, sondern deshalb, weil sie sich diesen Vorgang viel zu einfach vorstellte, was heute vielleicht Neurath selbst zugeben wird.

Es war die Eigentümlichkeit aller Utopisten, daß sie sich die sozialistische Gesellschaft weit einfacher vorstellten, als sie in Wirklichkeit sein muß. Das gab ihnen den Mut zur Utopie. Wir Marxisten dachten darüber anders, aber auch wir mußten nach der Revolution von 1918 erkennen, daß die Sozialisierung noch komplizierter ist, als wir annahmen. Kein Einzelner, wie enzyklopädisch sein Wissen sein mag, vermag einen Plan des sozialistischen Neuaufbaues in allen Einzelheiten durchzudenken. Diese Aufgabe nimmt für jede historische Situation, jedes Land, jedes ökonomische Gebiet einen besonderen Charakter an. Zu ihrer Lösung müssen Theoretiker und Praktiker zusammenarbeiten. Denker, die mit der Gesamtheit des gesellschaftlichen Prozesses vertraut sind, und praktische Spezialisten, Ingenieure, Kaufleute, Betriebsleiter, einfache Arbeiter. Ein praktischer Sozialisierungsplan kann nicht das Werk eines Einzelnen sein, sondern nur das eines umfangreichen Arbeitsamtes. Er kann nicht für alle Zeiten, Länder, Zweige der Produktion und des Verkehrs der gleiche sein.

Das ist eine der wichtigsten Lehren der letzten Revolution. Wir haben aus ihr und der Gegenrevolution sicher zu lernen, aber nicht in der Weise, daß wir zur Denkweise der Owen, Fourier, Cabet zurückgreifen, die noch meinten, den ganzen Produktionsprozeß in kleinen Kolonien mit etwa 2000 Mann meistern zu können.

Wir haben aber auch nicht unbesehen an der Vergangenheit unserer Partei Kritik zu üben, in einer Weise,

die deren frühere Tätigkeit in falschem Licht erscheinen läßt. Das gilt ebenso von dem Vorwurf, wir hätten uns ehedem nicht mit Fragen des konsruktiven Sozialismus beschäftigt, wie von dem Vorwurf, unsere Partei habe dadurch gesündigt, daß sie zu reformistisch war, zu wenig revolutionär.

Weder der eine noch der andere Vorwurf trifft zu und weder der eine noch der andere erklärt den Sinn der Gegenrevolution.

Unsere alten Genossen haben es in keiner Weise nötig, sich von der heutigen Jugend revolutionären Enthusiasmus einimpfen zu lassen. Es ist auch ganz irrtümlich, wenn heute große Parteiorgane im Anschluß an de Man's jüngste Wandlung verkünden, die Arbeiterbewegung sei bisher reformistisch gewesen, sie müsse jetzt revolutionär werden: Reformistische Aktion aus revolutionärer Gesinnung, das sei das wahre.

Die marxistische Arbeiterbewegung war stets von revolutionärer Gesinnung erfüllt in dem Sinne, daß sie die Gesellschaft von Grund aus umwandeln wollte. Nur hing es nicht von ihrem Belieben ab, ob sie dieser Gesinnung durch reformistische oder revolutionäre Aktionen Ausdruck gab. Der Marxismus ist von seinem Beginn an in gleicher Weise reformistisch wie revolutionär gewesen, aber die Situationen wechselten, die sein Tun einmal zu einem reformistischen, ein andermal zu einem revolutionären machten.

Dabei ist zu bedenken, daß dies Wort reformistisch ebenso elastisch und deutbar ist, wie das Wort revolutionär. Brachte es doch jüngst auf der Pariser Konferenz der französische Genosse Zyromski fertig, der Resolution Otto Bauers vorzuwerfen, sie bewege sich im Fahrwasser des Reformismus.

In seinem Vorwort zur Broschüre „Marx gegen Hitler" (Wien, E. Prager) stellt G. Bienstock die „dynamisch-revolutionäre Epoche der ersten Internationale" der „nüchtern reformistischen Periode der zweiten Internationale" gegenüber, die ihm ein Produkt des Verfalls zu sein erscheint. Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Die Triebkraft der ersten Internationale waren die englischen Gewerkschaften. Neben ihnen traten besonders hervor die französischen Proudhonisten. Proudhon

wollte von Revolution nichts wissen. Die Blanquisten beschuldigten die Internationalisten wegen ihrer angeblichen Zahmheit, von Napoleon gekauft zu sein. Das waren in der Tat höchst „dynamisch-revolutionäre" Elemente. Marx war das geistige Haupt der ersten Internationale. Mit welchen Fragen beschäftigten sich vornehmlich deren Kongresse? Mit Gewerkschaften, Genossenschaften, Normalarbeitstag.

Daneben traten die englischen Arbeiter in den Kampf ums Wahlrecht ein. Sie begnügten sich mit dem Wahlrecht für die bessergestellten, organisierten Arbeiter. Wie revolutionär!

Unter revolutionären Aktionen versteht Bienstock offenbar Insurrektionen und Generalstreiks. Solche Bewegungen finden wir allerdings im Zeitalter der zweiten Internationale nur vereinzelt, aber ebenso in der ersten Internationale. Die „dynamisch-revolutionäre Epoche" Europas beginnt mit der französischen Revolution 1789 und endet mit der von 1848. Nachher gibt es in Westeuropa als revolutionäre Aktion nur noch die Erhebung der Pariser Kommune von 1871, ein gewaltiges, aber nur lokales Ereignis, das sich an Bedeutung nicht messen läßt mit der „dynamisch-revolutionären" Bewegung in Rußland von 1905, also in der Periode der zweiten Internationale. Mit stürmischem Jubel begrüßte diese die erste russische Revolution.

Seit dem Anfang der sechziger Jahre vollzog sich die europäische Entwicklung unter ganz anderen Bedingungen als bis dahin und darum nahm auch die Arbeiterbewegung seitdem einen anderen Charakter an als in dem Zeitalter von 1830—1848. Je nach dem Kampfterrain nimmt die Arbeiterbewegung einmal revolutionäre, ein andermal reformistische Formen an.

Das gilt für die Vergangenheit, es wird auch für die Zukunft gelten.

Gewiß werden wir nach der Besiegung der Hitlerschen Diktatur danach trachten, sofort die großen Ausbeuter in Stadt und Land zu expropriieren. Ob das gelingt, das wird nicht bloß von unserem Willen abhängen, sondern von unserer Kraft und den Bedingungen, die wir vorfinden. Das wird für den Erfolg unserer Aktionen nach dem Sturz Hitlers ebenso entscheidend

werden, wie es nach dem Sturz Wilhelm II. der Fall war.

Allerdings dürfen wir erwarten, daß unsere Kraft diesmal größer sein wird und die Bedingungen günstiger für die Durchführung einer weitgehenden sofortigen Sozialisierung. Aber deren Erfolg wird ein Ergebnis der neuen Situation sein und nicht ein Ergebnis eines neuen Programms, einer neuen Utopie, einer neuen revolutionären Gesinnung, die jeglichen Reformismus abschwört.

Um das wirtschaftliche Programm des Genossen X durchzuführen, brauchen wir nur der Gesinnung treu zu bleiben, die unsere Partei seit den Tagen des Kommunistischen Manifestes stets beseelt hat.

2. DIE IDEE DER DIKTATUR.

Die Vorschläge, die Genosse X auf dem Gebiete der Wirtschaft macht, bedeuten, wie wir gesehen, in keiner Weise ein neues Programm. Wir hätten uns kaum veranlaßt gesehen, uns eingehend mit ihnen zu beschäftigen, wenn sie nicht mit einem politischen Programm verbunden wären. Dieses ist tatsächlich ein völlig neues, das heißt neu nur für die Sozialdemokraten. Seine Gedankengänge sind uns leider nur zu sehr vertraut, aber bisher bestand eine der wichtigsten Funktionen unserer Partei darin, sie entschieden und leidenschaftlich zu bekämpfen. Nun sollen wir anbeten, was wir verbrannt, denn der neue Gott, dem wir entgegen traten, hat sich für den Augenblick als der stärkere erwiesen.

Dem wirtschaftlichen Programm, dessen Sätze wir eben zitiert haben, läßt Genosse X ein politisches folgen. Er fordert:

„Stabilisierung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse durch eine Diktatur mit dem Ziel des freien demokratischen Staates, wenn durch die gesellschaftliche und ökonomische Entmachtung der herrschenden Klasse die Voraussetzung für diesen Staat geschaffen sind."

Begründet wird diese Forderung folgendermaßen:

„Wer heute in Deutschland vor Arbeitern noch über Demokratie spricht, begegnet mitleidigem Lächeln. Das ist vorbei, kein Gott kann die Weimarer Verfassung wieder herstellen. Nicht als ob diese von einem hingebenden Glauben an die demokratische Freiheit erfüllt gewesenen Massen nun einer bodenlosen Diktaturtheorie verfallen wären. Aber sie haben eine furchtbare Lehre erhalten, was es heißt, die politische Freiheit hineinsetzen in ein Umfassungsgemäuer agrarischer und kapitalistischer Zwingburgen, was es bedeutet, einigen Tausend Großgrundbesitzern durch die Herrschaft über ein Drittel der Bodenfläche*) mehr politische Macht zu geben, als 2 Millionen Landarbeiter und Deputatbauern zusammen haben; was demokratisches Wahlrecht wert ist, wenn der kapitalistische Geldsack Tausende von Zeitungen, Zehntausende von Kanzeln und Lehrstühlen, Hunderttausende von Existenzen in seiner Gewalt hat."

Diese Sätze sind nicht der Ausdruck von Stimmungen eines vereinzelten Zweiflers.

Nein, so wie Genosse X denken heute unendlich viele Genossen in Deutschland. Und ähnliche Stimmen kann man auch in manchen Parteikreisen anderer Länder hören, z. B. in Frankreich, wo auf dem rechten wie auf dem linken Flügel der Partei manches mitleidige Lächeln demjenigen begegnet, der von Demokratie spricht. Die einen sprechen von „autoritärem" Sozialismus, andere von revolutionärer Diktatur. Das klingt verschieden, läuft aber schließlich auf das gleiche heraus.

Die Hochschätzung der Diktatur als Mittel des sozialistischen Aufbaues ist nicht so neu, wie sie manchem ihrer Verfechter erscheinen mag. Sie reicht vielmehr in die ersten Anfänge der sozialistischen Bewegung zurück. Sie stellt die älteste, primitivste Form eines revolutionären Sozialismus dar, der das arbeitende Volk nicht durch friedliche Gründung sozialistischer Kolonien oder Genossenschaften, sondern durch die gewaltsame Eroberung der Staatsmacht von jeder Ausbeutung

*) Hat hier Genosse X das ganze Reich im Auge? Dessen 18.669 Betriebe mit mehr als 100 Hektar umfassen bloß ein Fünftel des landwirtschaftlich benützten Bodens, in Preußen ein Viertel.

und Knechtung befreien will. Dieser Gedanke knüpft direkt an das Schreckensregiment des Jakobinismus an.

Es war François Babeuf, der nach der Niederwerfung Robespierres einen Teil der Reste der Bergpartei sammelte, um das aufkommende kapitalistische Regime zu bekämpfen, das er durch einen Sozialismus „roher Gleichmacherei" (Marx) ersetzen wollte. Er begründete eine „Verschwörung der Gleichen", die sich die Aufgabe setzte, durch einen Aufstand der Massen Besitzloser die Kapitalistenregierung zu stürzen und durch eine kommunistische Regierung zu ersetzen. Diese sollte die volle Demokratie bringen, aber nicht gleich. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß die Proletarier sich von den Männern des Besitzes und der Bildung leicht nasführen lassen. Die Verschwörer fürchteten, durch die Demokratie von neuem die armen, unwissenden Leute diesen Einflüssen auszusetzen. Daher sollte die Volksrevolution zunächst eine Diktatur einsetzen. Die Preßfreiheit sollte aufgehoben werden, keine Presseerzeugnisse geduldet werden, die „den geheiligten Grundsätzen der Gleichheit und der Volkssouveränität entgegen sind", wobei natürlich das leitende Komitee allein zu entscheiden hatte, was diesen Grundsätzen widersprach. Auch Volkswahlen sollte es erst geben, wenn die Gleichheit vollständig durchgeführt sei.

Das war also eine Diktatur für die „Übergangsperiode zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft". Es sollte eine proletarische Diktatur sein, jedoch nicht eine des Proletariats, das ja als viel zu unwissend und unfähig betrachtet wurde, seine eigenen Interessen zu wahren. Es sollte vielmehr eine Diktatur von väterlichen Freunden und Vormündern des Proletariats sein; der kürzlich geprägte Ausdruck einer „Erziehungsdiktatur" paßt für diese Regierungsform sehr gut.*)

*) Die vorliegende Arbeit war schon abgeschlossen, da ging mir die Polemik zu, die Genosse Aufhäuser in Nr. 15 des „Neuen Vorwärts" gegen Ausführungen der Genossin O. Olberg führt, deren Standpunkt ganz der meinige ist. Aufhäuser hat auf der Pariser internationalen Konferenz das Wort von der Erziehungsdemokratie geprägt. In seiner

Die Diktatur Babeufs sollte nicht ein politischer Zustand sein, hervorgehend aus der Demokratie bei einem genügend hohen Stand proletarischer Entwicklung, sondern sie sollte eine Regierungsform sein, die bei ganz ungenügender Entwicklung des Proletariats die weitestgehende und rücksichtsloseste Wahrung seiner Interessen unter allen Umständen sichern sollte. Sie ging von der Überzeugung aus, daß die Demokratie als Mittel der Befreiung des Proletariats versagen müsse, deswegen versagen müsse, weil das Proletariat selbst versage, weil es unfähig sei, sich selbst zu befreien.

Polemik bemerkt er, daß er die Diktatur nicht zur Erziehung der Arbeiterklasse fordere, sondern zur Erziehung der Bourgeoisie. Er nimmt also jedenfalls nicht an, daß unter der Diktatur des Proletariats die Kapitalistenklasse aufhören wird zu bestehen oder auch nur zu herrschen, sonst wäre es überflüssig sie noch besonders zu erziehen.

Eine Erziehung der Kapitalisten, der Ausbeuter überhaupt, ist sicher sehr notwendig, solange man nicht so weit ist, sie durch die Expropriation ihrer Machtmittel lahmzulegen. Diese Erziehung ist aber von der Arbeiterbewegung schon seit langem begonnen worden. Die Ausbeuter werden den Ausgebeuteten gegenüber umso überheblicher, roher, gewalttätiger, je weniger diese sich wehren können. Daher die furchtbaren Gemeinheiten der Kolonialpolitik. Je stärker die Arbeiterbewegung, desto manierlicher den unteren Klassen gegenüber die oberen. Namentlich die englischen Arbeiter haben in dieser Beziehung schon eine tüchtige Erziehungsarbeit geleistet. Ist die Arbeiterbewegung einmal stark genug geworden, mit den Faschisten fertig zu werden, wird sie ihr Erziehungswerk an den Kapitalisten mit vollster Kraft in den jetzt faschistischen Ländern wieder aufnehmen können. Wozu denn noch erst eine Diktatur als Erziehungsbehörde? Deren Kraft beruht auf ihrer schrankenlosen Verfügung über eine bewaffnete Macht, der ein waffenloses Volk gegenübersteht. Die Erziehungsmittel einer solchen Macht sind stets nur Mißhandlungen und Quälereien, also Greueltaten. Sollen wir als Sieger die Bourgeois in Konzentrationslager stecken, um sie dort zu erziehen?

So hat es Aufhäuser natürlich nicht gemeint. Wir wollen doch nicht die roten Affen der braunen Hunnen sein.

Die Verschwörung der Gleichen wurde entdeckt, Babeuf enthauptet (1797). Aber seine Auffassung der Diktatur von Vormündern des Proletariats als einzig mögliches Mittel, zum Sozialismus zu gelangen, starb nicht mit ihm. Sie war bestimmten Verhältnissen entsprossen; die kapitalistische Produktionsweise ließ für die Masse des arbeitenden Volkes keinen andern Ausweg aus dem Elend zu, als den Übergang zu einer sozialistischen Produktionsweise. Nur die Staatsmacht konnte mit dem Kapital fertig werden. Aber unter der Herrschaft des Kapitals verelendete das Proletariat lange Zeit hindurch so sehr, daß ihm jede Fähigkeit fehlte, die Staatsgewalt selbst zu ergreifen und zu handhaben.

Wo immer sich solche Verhältnisse zeigten und dabei die Möglichkeit auftauchte oder aufzutauchen schien, durch eine Insurrektion eine bestehende Regierung zu stürzen, erstand auch immer wieder die Idee einer derartigen Diktatur, die gerade aus der Rückständigkeit und Hilflosigkeit, nicht aus einem hohen Grad intellektueller und moralischer Kraft und Selbständigkeit des Proletariats hervorging.

Als sich nach der Julirevolution 1830 in Frankreich eine Arbeiterbewegung bildete, beschäftigte die Arbeiter auch sofort die Frage, wie sie ihrem Elend gründlich abhelfen könnten. Sie waren in der Mehrzahl darüber einig, daß sie vom Wohlwollen der Bourgeoisie nichts zu erwarten hätten. Sie selbst wollten den Sozialismus durchsetzen, und zwar sofort, aus eigener Kraft.

Gerade durch die Revolution des Juli wurde in den Arbeitern von Paris der Glaube an die Macht der Barrikade hervorgerufen. Da gelangte die Idee Babeufs zur Auferstehung im Blanquismus.

Doch nicht alle Sozialisten dachten blanquistisch. Andere schlossen sich Louis Blanc an, der ungemessenes Vertrauen zur demokratischen Republik hatte. Die Armen und Elenden seien doch die große Mehrheit der Nation. Man brauche ihnen bloß das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zu einem souveränen Parlament bei vollkommener Preß- und Vereinsfreiheit zu geben, und niemand im Staate vermöge mehr ihren Vormarsch zum Sozialismus aufzuhalten. Er übersah, daß diese Erwartung ein zahlreiches und äußerst hochstehendes

Proletariat voraussetzte, zu dem vor 1848 nur kleine Ansätze bestanden.

Den beiden Richtungen stand Proudhon kritisch gegenüber. Er sah, daß bei dem gegebenen Stande der Dinge die Proletarier nicht in der Lage seien, durch Demokratie zu siegen, er fürchtete aber nicht minder die Diktatur einer sozialistischen Minderheit durch einen allmächtigen Staatsapparat. Allein auch er rechnete mit keiner andern Gestalt des Proletariats als jener, die er gerade vorfand. Es sei nicht imstande, sich in der Staatspolitik durchzusetzen und sie zu meistern und doch müsse die Befreiung des Proletariats das Werk der Proletarier selbst sein. Um dies zu erreichen, wollte er das Problem vereinfachen. Die Proletarier seien nicht imstande, erfolgreich eine eigene Staatspolitik zu treiben, dagegen vermöchten sie die Aufgaben der Gemeindepolitik sehr wohl zu meistern. So wollte er zum Sozialismus kommen durch Auflösung des Staates in souveräne Gemeinden.

Diese sehr verschiedenen Richtungen herrschten in den Reihen der Sozialisten Frankreichs und von dort ausgehend in denen Europas zu der Zeit, als Marx zu sozialistischem Denken kam. Über die Aussichtslosigkeit des bürgerlich-philantropischen Utopismus war er nie im unklaren. Nur der aus der Arbeiterbewegung hervorgehende Sozialismus kam für ihn in Frage. Jedoch war er bald so weit, auch die Unzulänglichkeit jeder der drei hier skizzierten Richtungen dieser Bewegung zu erkennen. Diese Unzulänglichkeit führte er darauf zurück, daß jede mit dem gegebenen Proletariat den Sozialismus herbeiführen wollte, eine Aufgabe, die damals unlöslich war.

Die Unfähigkeit des Proletariats, den Sozialismus durchzuführen, erkannten auch die Utopisten und Blanquisten. Sie sahen ein, es sei notwendig, die Proletarier zu erziehen, aber diese Erziehungsarbeit sollte durch eine Reihe über ihm stehender Vormünder, der Sozialisten, vorgenommen werden. Erst wenn der Sozialismus durchgeführt sei, würde sich das arbeitende Volk auf eine höhere Stufe erheben, könnte es imstande sein, sich demokratisch selbst zu verwalten. Der Satz, wahre Demokratie sei erst in vollständigem Sozialismus möglich, ist keine neue Erleuchtung, sondern eine primitive, vormarxistische Anschauung.

Marx erkannte das Fragwürdige dieser Art von Erziehung des Proletariats durch Erzieher, die sich entweder selbst zu solchen „Führern" aufwarfen oder die ein völlig unwissendes Proletariat durch eine Insurrektion oder sonstwie zur Vormundschaft über sich selbst erheben und zu diesem Zwecke mit politischer Allmacht begaben sollte. Das hieß, die Befreiung des Proletariats von historischen Zufällen abhängig machen, höchst unwahrscheinlichen Zufällen. Denn in der Regel war nicht zu erwarten, daß ein paar sozialistische Verschwörer bei schwachem, unwissendem Proletariat jene politische Allmacht erringen könnten, deren sie bedürften, um auch nur den Versuch zu machen, das Kapital zu expropriieren, von den Schwierigkeiten des sozialistischen Neuaufbaus ganz abgesehen.

Marx kam zu der Erkenntnis, daß die Erziehung, deren das Proletariat bedürfe, nur dann gesichert sei, wenn sie nicht aus einer Abnormität hervorzugehen habe, sondern aus einer in allen kapitalischen Staaten unvermeidlich vorkommenden und kräftig wirkenden Erscheinung. Diese Erscheinung war der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, war der proletarische Klassenkampf, der aus diesem Gegensatz unvermeidlich hervorgeht, mögen Liberale und Faschisten noch so sehr in trautem Verein gegen ihn als eine marxistische „Erfindung" zetern.

Marx hat ihn nicht erfunden, nicht gefordert, er hat bloß sein Dasein konstatiert und die Folgen erkannt, die er mit sich bringt und bringen muß. Und eine der wesentlichsten dieser Folgen ist die Erziehung des Proletariats zur Demokratie und zum Sozialismus, der ohne Demokratie nicht gedeihen kann.

Das Klasseninteresse des Proletariats bedarf der Demokratie nicht minder als des Sozialismus. Es kann jene früher gewinnen als diesen, da auch die andern arbeitenden Klassen, Handwerker und Bauern sowie viele Intellektuelle an ihr interessiert sind.

Im Kampf um die Demokratie und um seine nächsten Klasseninteressen, die soziale Reformen erheischen, wird das Proletariat aus seiner primitiven Barbarei zu einer

entwickelteren Gestalt erhoben. Die Ergebnisse dieser Kämpfe schaffen dann den aussichtsreichsten Kampfboden, auf dem es seine Kräfte durch freie Bewegung aufgeklärter und organisierter Massen aufs höchste steigert und so fähig wird, in die Endkämpfe zur Durchsetzung des Sozialismus mit Erfolg einzutreten.

Nur langsam drang diese Auffassung in der Arbeiterbewegung durch. Sie setzte voraus die Erkenntnis nicht bloß des Proletariats, wie es augenblicklich war, sondern auch die der Höhe, die es erreichen konnte und mußte. Sie setzte aber auch die Abnützung der früheren sozialistischen Schulen voraus, die auf die Arbeiterbewegung Einfluß genommen hatten, die Blanquis, Louis Blancs, Proudhons. Louis Blanc wurde schon durch den Juniaufstand von 1848 erledigt, die von der Demokratie wegführenden Richtungen der Diktatur und Anarchie aber hörten nach der Niederlage der Pariser Kommune 1871 immer mehr auf, trotz der Versuche Bakunins im entgegengesetzten Sinne. Von da an war die Arbeiterbewegung auf der Grundlage marxistischer Erkenntnis der Rolle des Klassenkampfes mit der Forderung der Erringung und Ausnützung der Demokratie unzertrennlich verbunden. Das blieb so bis zum Weltkrieg. Erst dessen Nachwirkungen erschütterten in vielen Sozialisten wieder ihre innige Verbindung mit der Idee der Demokratie.

Noch im April 1917 feierte Lenin die russische Revolution als demokratische Revolution. Aber als deren Wechselfälle ihm die Möglichkeit gaben, an Stelle der eben gestürzten eine neue Autokratie zu begründen, seine eigene, erzeugte die Rückständigkeit des russischen Proletariats in ihm dieselben Gedankengänge, die die Rückständigkeit des französischen und deutschen in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bei Blanqui und Weitling hervorgerufen hatte. Da er den Arbeitern Rußlands noch nicht die Fähigkeit zutraute, selbst den Staat zu verwalten und den ganzen gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu leiten, sollte das eine über ihnen stehende Macht, eine ihnen wohlwollende Diktatur bewirken.

Ökonomisch hat diese Diktatur bisher die Arbeiter Rußlands nicht gehoben, sondern stark degradiert. Aber

sie wußte sich zu behaupten und viel zu versprechen und das imponierte vielen Sozialisten auch außerhalb Rußlands, denen die Entwicklung in sozialistischem Sinne nicht nach Wunsch vor sich ging und die hofften, eine Diktatur könne den Gang der Dinge in unserem Sinne beschleunigen.

Selbst ein so gut geschulter Marxist wie Hugo Haase konnte sich diesen Einwirkungen nicht ganz entziehen. Richtig sagt sein Sohn Ernst in seinem Gedenkbuch über ihn:

„Hugo Haase war es klar, daß das Proletariat, zur Macht gelangt, die Errungenschaften der Revolution d i k t a t o r i s c h verankern müsse". (S. 64).

Allerdings wurde er nie Bolschewik.

„Er wandte sich gegen eine Abenteuerpolitik, die in blinder Nachahmung der russischen Vorgänge die dortigen Diktatur- und Terrormethoden auf Deutschland übertragen wollte."

Rosa Luxemburg lehnte diese Methoden auch für Rußland ab.

Haase gegenüber fürchtete ich, daß man dem Teufel der Diktatur rettungslos verfalle, wenn man ihm einmal den kleinen Finger gereicht. Daß Haase sie als Methode des sozialistischen Aufbaus nicht bedingungslos ablehnte, hat zwischen ihm und mir 1919 manche scharfe Diskussion im Freundeskreise hervorgerufen. Es war der einzige Gegensatz von Belang, der jemals zwischen ihm und mir auftauchte und zwischen mir und manchem anderen von mir hochgeschätzten Freund.

Es ist ein so hoch beglückendes Gefühl, daß in einem großen Staatswesen Sozialisten ohne jede Einschränkung herrschen und emsig bemüht sind, unser sozialistisches Ideal zu verwirklichen, daß enthusiastische Naturen gern alle kritischen Einwendungen dagegen zum Schweigen bringen.

Die bolschewisierenden Sozialdemokraten außerhalb Rußlands, die mit der Idee der Diktatur sympathisieren, ließen sich bisher in zwei Gruppen teilen: Die einen akzeptierten die Diktatur bloß für Rußland, nicht für das eigene Land. Sie nahmen offenbar an, die sozia-

listische Produktion sei eine Produktionsweise, die für alle Länder und alle Entwicklungsstufen passe. Man müsse nur für untere Stufen andere Methoden anwenden, als für höhere. Die marxistische Methode sei gut für Länder mit entwickeltem, die utopistische oder blanquistische für Länder mit rückständigem Proletariat. Der alte Zwiespalt zwischen Weitling und Marx tritt wieder auf, neu ist an ihm nur die Besonderheit, daß sich die Weitlingianer von heute als besonders gute Marxisten drapieren und fühlen.

Andere akzeptierten die bolschewistischen Ideen für alle Länder. Was sie davon abhielt, einfach in das Lager des Bolschewismus überzugehen, war dessen Anspruch auf diktatorische Beherrschung nicht bloß Rußlands, sondern der ganzen Welt vom Moskauer Kreml aus.

Jetzt aber ersteht eine neue dritte diktatorische Richtung in der Sozialdemokratie, hervorgerufen nicht durch das Vorbild des bolschewistischen Rußlands, sondern durch die Erfolge des Nationalsozialismus in Deutschland. Sie ist antibolschewistisch und bolschewistisch in einem Atem.

Einer der eifrigsten Vertreter dieser neuen Richtung ist Bienstock. Er sagt („Marx gegen Hitler"):

„Die Entartung der bolschewistischen Revolution hat die Idee der revolutionären Demokratie kompromittiert, die proletarische Revolution Europas wird jedoch unter Umständen die bolschewistische Umwälzung in formaler Hinsicht wiederholen müssen." (S. 15).

Also gibt es nicht nur eine formale Demokratie, sondern auch einen formalen Bolschewismus. Der wirkliche Bolschewismus ist schlecht, aber der formale wird uns retten. Was ist das „formaler Bolschewismus"? Gibt es auch einen formalen Terrorismus? Und eine formale Tscheka?

Anderer Meinung ist Bienstocks Gesinnungsfreund B. Irlen. Er fragt in der gleichen Schrift:

„Wo bleibt dann (bei B. Irlens Auffassung der richtigen Demokratie) der Unterschied zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Bolschewismus — wird man

fragen. Den Umstand bilden die Ziele, die die beiden Bewegungen anstreben." (S. 55).

„Während der Bolschewismus — ebenso wie der Faschismus, wenn auch auf einer anderen Basis — die Menschen zur Unfreiheit zwingt, wird der demokratische Sozialismus nicht davor zurückschrecken, die Menschen zur Freiheit zu zwingen." (S. 56).

Dieser letzte Satz ist von B. Irlen selbst unterstrichen. Er ist sicher sehr tiefsinnig, jedoch noch mehr ist er höchst dunkel. Man sprach bisher wohl oft von der Erziehung rückständiger Menschen zur Freiheit. Dagegen ist die Idee, jemanden zur Freiheit, zur Zwanglosigkeit, zu zwingen, unerhört neu. Aber vielleicht meint B. Irlen bloß, daß der demokratische Sozialismus, wie er ihn auffaßt, die Menschen zwingen will, einen Weg einzuschlagen, der sie zu Zuständen führt, in denen man ihnen schließlich die Freiheit geben darf, das heißt, zu Zuständen, in denen sie freiwillig alle gerade so denken und wollen und handeln, wie es der Diktator für gut findet.

Diese Art „Zwang zur Freiheit" wollen aber die Bolschewiki auch. Ja, B. Irlen selbst muß zugeben, daß sogar die Faschisten behaupten, auf ihrem Wege zur Freiheit zu kommen. Bolschewiks und Faschisten unterscheiden sich also von B. Irlens demokratischen Sozialisten nur dadurch, daß, wie er selbst sagt, wir davon „überzeugt sind", nur wir könnten den Sozialismus und die Freiheit bringen. Also die Methoden sind hier und dort die gleichen, für Sozialdemokraten und Bolschewiks sind auch die ökonomischen Vorbedingungen der Freiheit, die zu schaffen, übereinstimmend gedacht. Die politischen Bedingungen sollen ebenfalls die gleichen sein, völlige Unfreiheit der Massen. Wodurch unterscheiden wir uns also von den Bolschewiken? Offenbar dadurch, daß wir die besseren Menschen sind. Darum wird die Diktatur, die wir aufrichten, Freiheit und Wohlstand bringen, im Gegensatz zu den Bolschewiks, die ins Verderben führen. Aber waren die Bolschewiks ehedem nicht auch Sozialdemokraten? Welches Recht haben wir, anzunehmen, daß sie es nicht ehrlich meinen? Und warum sollen wir erwarten dürfen, die bol-

schewistischen Methoden würden in unseren Händen ganz andere Ergebnisse liefern, als in den Händen der heutigen Beherrscher Rußlands?

Wer so denkt, macht den Gegensatz zwischen Bolschewiks und Sozialdemokraten zu einem rein persönlichen. Soll ein solcher das Proletariat spalten dürfen?

Leider erscheinen mir die Gegensätze, die zwischen uns bestehen, tiefer begründet.

Wir müssen uns daher mit der neuen Richtung noch näher auseinandersetzen, die man als die des „formalen Bolschewismus" bezeichnen mag.

3. METHODEN UND ZIELE DES KAMPFES GEGEN DEN FASCHISMUS.

Ehe wir an die Kritik der neuesten diktatorischen Richtung in unserer Partei herangehen, ist es vor allem notwendig, unzweideutig klar zu legen, was sie eigentlich will. Sonst laufen wir Gefahr, uns in Mißverständnisse zu verstricken, die bloß böses Blut bei den Kritisierten hervorrufen, ohne eine Klärung der Anschauungen zu fördern, die unerläßlich ist.

Zunächst ist streng zu unterscheiden zwischen den Aufgaben, die der Kampf gegen das Hitlerregiment erheischt, und den Aufgaben, die nach seiner Besiegung erstehen werden. Nur von den letzteren handelt Genosse X.

Welche Methoden der Kampf gegen die faschistische Diktatur erheischt, läßt sich augenblicklich schwer feststellen. Die modernen Diktaturen sind etwas so neues, unerhörtes in der Weltgeschichte, daß zu erwarten ist, auch die Art ihrer Überwindung werde ganz neue, bisher unerhörte Formen annehmen. Wir werden in dieser Beziehung aus unseren Versuchen noch viel zu lernen haben.

Der Kampf gegen den Faschismus erheischt unbedingt illegale, geheime Organisationen. Wenn diese nicht bloß der Propaganda dienen, sondern Erhebungen gegen die Diktatur vorbereiten wollen, werden sie zu Verschwörungen. Diese ebenso wie Kriege, also auch

Bürgerkriege, erheischen diktatorische Befugnisse der Leiter. Krieg und Verschwörung waren stets der Demokratie ungünstig. Das ist sicher zu bedauern, kann uns aber nicht hindern, wirksame Mittel zur Bekämpfung des Faschismus auch dann in Anwendung zu bringen, wenn ihre Durchführung nur mit diktatorischen, undemokratischen Methoden möglich ist. Es wäre sehr unzweckmäßig, in dieser Hinsicht jede Diktatur von vornherein abzulehnen.

Darüber sind wir in der Partei wohl alle einig. Offen ist die Frage, welches politische Ziel wir bei dem Kampf gegen den Faschismus aufrichten und propagieren wollen: Die Eroberung der Demokratie oder die Ersetzung der Hitlerschen Diktatur durch eine „Marxistische" Diktatur?

Das sind zwei sehr verschiedene Fragen: Mit welchen Mitteln der Kampf gegen Hitler zu führen und um welches politisches Ziel er geführt werden soll. Beide sind scharf auseinander zu halten. Man kann sehr wohl anerkennen, daß im Kampf gegen Hitler demokratische Mittel nicht am Platze, ja überhaupt nicht möglich sind und doch die Notwendigkeit der Demokratie als Kampfziel verfechten. Nicht wenig Konfusion entspringt daraus, daß man in der Diskussion nicht immer beide Gesichtspunkte klar scheidet und meint, wenn die Demokratie als Kampfmittel gegen den Faschismus dort versage, wo er herrscht, sei damit erwiesen, daß sie auch dort versagen müsse, wo wir den Faschismus überwunden hätten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir mit demokratischen Mitteln dort nicht kämpfen können, wo solche Mittel fehlen. Es ist in letzter Zeit öfter, auch auf der Pariser Konferenz, der Gegensatz aufgestellt worden von demokratischen und revolutionären Mitteln. Man meinte, die einen unter uns wollen prinzipiell nur demokratische, die andern nur revolutionäre Mittel. Unter solchen versteht man offenbar Insurrektion und Generalstreik. Aber diese Gegenüberstellung von Demokraten und Revolutionären ist nicht minder verkehrt, als die von Reformisten und Revolutionären. Sozialistisch-revolutionär ist unser Ziel. Ob wir für dieses Ziel reformistisch oder revolutionär arbeiten, hängt

nicht immer in unserem Denken, stets aber in der Praxis von der jeweilig gegebenen Situation in Staat und Gesellschaft und den Machtverhältnissen der Klassen ab, die wir nicht nach Belieben bestimmen können. Davon hängt es aber auch ab, ob wir demokratische oder „revolutionäre" Mittel in Anwendung bringen.

Solange in den Staaten des europäischen Festlandes im vorigen Jahrhundert das nötige Maß der Demokratie, das heißt Bewegungsfreiheit der Massen nicht erreicht war, erschienen gerade die Demokraten als die Revolutionäre, als diejenigen, die für die Demokratie mit revolutionären Mitteln kämpften, weil sie mit anderen Mitteln nicht erreichbar war. Damals war der Begriff des Demokraten und des Revolutionärs identisch.

Anderseits ist es einfach lächerlich, sich in Erinnerung an jene alten Zeiten verpflichtet zu fühlen, auch weiterhin den gewaltsamen politischen Umsturz auch dort zu predigen, wo man die demokratische Republik erobert hat.

Es gibt Genossen, die auch in der Demokratie die Mittel der „Revolution", Insurrektion oder des Generalstreiks zur Anwendung bringen möchten, weil sie meinen, daß diese Mittel eher zum Ziel, zum Sozialismus führen, als das Abgeben von Stimmzetteln, ja, daß unsere Gegner auch im demokratischen Staate schließlich nur der Insurrektion oder dem Generalstreik weichen werden. Und sie sind der Ansicht, durch Gewalttat könnten die Sozialisten sich bereits dann in einem demokratischen Staat durchsetzen, wenn sie noch eine Minderheit bildeten, wo also für sie die „Demokratie versage". Und endlich behaupten sie, wir könnten die Mehrheit in großen Wahlkämpfen selbst dort nicht erlangen, wo das Proletariat an Zahl im Staat überwiege, solange unsere Gegner über ihre ökonomischen und intellektuellen Machtmittel verfügen.

Darauf ist zu entgegnen:

Sicher können die Machtmittel der Gegner, die ökonomische Abhängigkeit der Arbeiter von ihnen, die Überlegenheit in der Presse, für die dem Besitzenden weit mehr Geldmittel und Intellektuelle zur Verfügung stehen, als dem Sozialisten, können also ökonomischer

Druck und Betrug die Wahlresultate auch bei weitgehender Demokratie verfälschen.

Aber eine sozialistische Partei, die nicht imstande ist, trotz dieser Hindernisse die Mehrheit in einem Wahlkampf bei vollkommener Demokratie zu erreichen, wird noch weniger imstande sein, die Mehrheit des Volkes in einem Kampf der Waffen oder einem Generalstreik für sich zu gewinnen. Denn in diesem Fall wirken die Machtmittel der Gegner noch weit stärker gegen uns, als bei einem demokratischem Wahlkampf. Der Weg der Gewalt verlangt vom Proletariat weit größere Opfer, als der der Demokratie.

Andrerseits aber brauchen wir bei der Anwendung der Methoden der Gewalt eine weit größere Mehrheit des Volkes, wollen wir uns durchsetzen. Da genügen nicht die so oft bespöttelten 51 Prozent, die in der Demokratie die politische Macht verleihn.

Gerade wo Gewalt gegen Gewalt geht, kommt die Überlegenheit der Machtmittel der herrschenden Klassen weit mehr zur Geltung, als in der Demokratie. Da können wir dieser Machtmittel nur Herr werden, wenn wir über eine ungeheure Mehrheit verfügen. Die Überlegenheit der Zahl, das ist die einzige entscheidende Waffe, über die das Proletariat in großen Entscheidungskämpfen verfügt. Wohl haben Proletarier nicht selten in Barrikadenkämpfe oder Generalstreiks gesiegt, jedoch nur dann, wenn sie Ziele verfochten, die nicht bloß dem Proletariat, sondern der Gesamtmasse des Volkes teuer waren, so daß diese sich für die Erhebung begeisterte. Das waren stets demokratische Ziele. Doch das allein genügte noch nicht, um im Gewaltkampf zu siegen. Es mußten auch Armeen und Bürokraten unsicher für die bestehende Regierung geworden sein.

Das war der Fall bei der Pariser Juli-Revolution 1830, sowie bei den Erhebungen des Februar und März 1848. Und später wieder traf es zu bei den Massenstreiks von 1905 in Rußland und 1920 in Deutschland.

Beide, Straßenschlacht wie Generalstreik, haben sich dagegen als untaugliche Mittel erwiesen, wenn sie von einer Minderheit des Volkes angewendet wurden, um nicht etwa einer moralisch bankerotten, sondern einer von der Mehrheit des Volkes getragenen Regierung

ihren Willen aufzuzwingen. Dort, wo eine Regierung nicht bloß über die Machtmittel der Staatsgewalt verfügt, sondern auch noch die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, ist an ihre Niederwerfung durch uns nicht zu denken. Und, wie schon bemerkt, bedarf die Sozialdemokratie um sich mit Gewalt durchzusetzen, nicht bloß der Mehrheit, wie in der Demokratie, sondern einer weit größeren Mehrheit.

Überdies heischt der Weg der Gewalt größere Opfer als der der Demokratie. Wie viel leichter ist es, jemand zu veranlassen, einen sozialdemokratischen Stimmzettel bei geheimer Wahl abzugeben, als seinen Arbeitsplatz oder gar sein Leben in die Schanze zu schlagen.

Gewalttat ist also für eine Arbeiterpartei nicht ein Mittel, rascher vorwärtszukommen als in der Demokratie, oder gar Resultate zu erreichen, die wir auf demokratischem Wege nicht zu erreichen vermöchten. Nein, die Demokratie bildet den kürzesten und sichersten und am wenigsten opfervollen Weg zum Sozialismus, sowie sie am besten dessen Vorbedingungen schafft und mit ihm selbst untrennbar verknüpft ist.

Das wissen die großen Ausbeuter ganz genau. Daher ihr zäher Haß gegen die Demokratie, die steten Versuche, ihr den Garaus zu machen. Diese Versuche nehmen an Intensivität und Gewalttätigkeit umso mehr zu, je mehr die Demokratie den Aufstieg des Proletariats begnüstigt. Ist das ein Grund für Sozialdemokraten, die Demokratie gering zu schätzen? Was augenblicklich als Schwäche der Demokratie erscheint, ist tatsächlich eine Schwäche des Proletariats. Eine Arbeiterklasse, die nicht die Kraft besitzt, die Demokratie zu verteidigen, hat — solange die Machtverhältnisse der Klassen sich nicht ändern — erst recht nicht die Aussicht, sich ihrer Ausbeuter durch Gewalttat zu erwehren. Wo wir die Demokratie verlieren, ist unsere erste und wichtigste Aufgabe die, sie wieder zu erobern. Und es ist die aussichtsreichste.

Für die Verteidigung, aber auch für die Gewinnung der Demokratie sind große Volksmassen, Kleinbürger, Intellektuelle und Bauern weit eher mit den Proletariern zu vereinigen, als für die Durchsetzung bloßer Lohnarbeiterforderungen.

Natürlich ist es ein Unsinn, zu sagen, wir dürften unter allen Umständen nur demokratische Methoden anwenden. Wir sollen uns dazu verpflichten in der Demokratie gegenüber denen, die sich der gleichen Methoden bedienen. Gewalttaten dagegen können nicht mit Stimmzetteln und Leitartikeln oder Versammlungsprotesten abgewehrt werden. Jedoch auch dort, wo wir gezwungen werden, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, müssen wir trachten, vor allem die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. Das ist die erste Vorbedingung eines jeden Sieges für uns, welche Methoden immer wir anwenden mögen, gewalttätige oder demokratische. Und weiter müssen wir uns dessen bewußt bleiben, daß der Boden der Demokratie für eine Arbeiterpartei stets der ersprießlichste ist und daß für eine solche Partei dort, wo die Demokratie fehlt, keine Aufgabe dringender sein kann, als die der Eroberung der politischen Freiheit. Es ist ganz verkehrt, zu meinen, zuerst müssen die Arbeiter sich ökonomisch befreien. Erst dann könne es „wirkliche" Demokratie geben.

Ob man eine starke Volksvertretung, gewählt unter allgemeinem, gleichen Wahlrecht, ob man Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit als „wirkliche" oder bloß als „formale" Demokratie betrachten mag, macht keinen Unterschied gegenüber der Erkenntnis, daß ohne diese Einrichtungen sich das Proletariat nicht ökonomisch befreien kann. Sicher werden diese demokratischen Rechte ihren Charakter ändern, wenn wir die Gesellschaft sozialistisch organisiert haben. Heute sind sie für das Proletariat unentbehrliche Kampfmittel. Unter dem Sozialismus werden sie nur noch Mittel gesellschaftlicher Selbstverwaltung sein. Das wird der Unterschied zwischen der heutigen Demokratie und der in der sozialistischen Gesellschaft sein. Nicht aber der zwischen „wirklicher" und „formaler" Demokratie.

Mancher wird mir entgegenhalten, daß Sowjet-Rußland bezeuge, meine Auffassung der Rolle der Demokratie sei eine irtümliche. Dort habe eine proletarische Minderheit durch Gewalt eine Macht erlangt, die sie auf dem Wege der Demokratie nie hätte gewinnen können.

Man vergißt, daß der Zarismus nicht durch eine bolschewistische Minderheit im Kampf gegen die Mehrheit des Volkes gestürzt wurde. Er fiel, weil sein Machtmittel, die Armee, durch die Waffen des deutschen Militarismus völlig aufgelöst worden war, teils auseinanderfiel, teils sich gegen den Zaren wandte. Und die ganze Bevölkerung ging mit den rebellischen Soldaten. Leider gab es in Rußland keine Klasse, die eine Schule der Selbstverwaltung durchgemacht hätte. Daher verfiel das Reich völliger Anarchie. In dieser Anarchie hat sich der Bolschewismus durchgesetzt durch den Aufbau einer neuen Armee und Bürokratie.

Etwas derartiges wird sich nicht wiederholen. Es ist ein ganz abnormer Staat, der auf diese Weise geschaffen wurde. Daß seine arbeitenden Klassen durch ihn beglückt werden, behauptet niemand, der sich mit den russischen Verhältnissen unbefangen beschäftigt hat. Auf keinen Fall beweist sein Bestehen etwas gegen die Rolle der Demokratie in einem modernen Staat.

Noch ein Bedenken gegen die Demokratie wäre zu erledigen: Die Auffassung, die Demokratie bedeute notwendigerweise ein schwächliches Regime. Energie vermöge nur eine Diktatur aufzubringen. Und mit den großen Monopolisten der Banken, der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes könne man nur unter Aufgebot der äußersten Rücksichtslosigkeit fertig werden.

Dieser letzte Satz ist wohl richtig. Die kapitalistischen Herrschaften werden immer gewalttätiger. Sie werden kein Mittel unversucht lassen, sich zu behaupten, wenn es ihrer Ausbeutung an den Kragen geht. Indeß müssen diese Mittel nicht notwendig militärischer Art sein, die Aufbietung einer dem Kapital ergebenen Privatarmee. Nur in einer politisch unentwickelten Bevölkerung bietet den großen Ausbeutern der Faschismus eine aussichtsreiche Waffe. In den demokratischen Staaten Westeuropas und der angelsächsischen Welt greifen die Kapitalisten viel eher zu ökonomischen als zu militärischen Machtmitteln — sowie auch das Proletariat der letzten Jahrzehnte große politische Entscheidungskämpfe eher mit ökonomischen als mit militärischen Waffen ausgekämpft hat. Die Methode der Durchsetzung ist bei den Kapitalisten im Grunde die gleiche,

wie bei den Lohnarbeitern: Der Streik, die Hemmung der Funktionen des Produktionsprozesses. Die Arbeiter kämpfen durch Einstellung der Arbeit, die Kapitalisten durch Einstellung der Zirkulation des Kapitals. Dadurch haben sie schon manche Regierung zur Kapitulation gebracht, von der sie sich bedroht fühlten.

Gegen diesen Widerstand der Monopolisten kann nur ein Regime aufkommen, das von keiner abergläubischen Verehrung des Privateigentums beherrscht wird; das sich nicht scheut, jeden Betrieb zu beschlagnahmen und als staatlichen weiterzuführen, der passive Resistenz übt.

Manche Genossen verlangen jetzt, erbittert über das Wüten der Nationalsozialisten und ihrer Geldgeber, wir sollten uns heute schon verpflichten, wenn Hitler überwunden sei, alle kapitalistischen Betriebe zu konfiszieren. Dazu solle eine Diktatur helfen.

Wir wissen nicht, unter welchen Umständen wir mit Hitler fertig werden und wie groß die Macht der Sozialdemokratie im Staate nach der Überwindung der Braunhemden sein wird. Allerdings ist zu erwarten, daß wir dann über weit mehr Kraft verfügen werden, als im November 1918. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterbewegung bis dahin den Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten überwunden haben wird. Auf der anderen Seite sind heute die „Marxisten", die sozialistischen Arbeiterparteien die einzigen, die noch den Kampf gegen Hitler führen. Die bürgerlichen parlamentarischen Parteien haben sich alle ohne Ausnahme unterworfen, sie haben aufgehört zu existieren. Sollten manche von ihnen im Fortgang des Erstarkens der Opposition gegen Hitler wieder erwachen, so werden sie doch weit hinter der Arbeiteropposition zurückstehen. Dieser wird die ganze Last des Kampfes zufallen, aber sie wird reif genug sein, über die Früchte, die sie gewinnt, selbst zu verfügen.

Wäre es auch voreilig, zu versprechen, daß die ganze politische Macht im Deutschen Reich nach Hitlers Fall den Arbeitern zufallen wird, so haben wir doch die besten Aussichten dazu. Das gäbe uns sicher politische Macht, die gesamte Kapitalistenklasse mit einem Schlage zu enteignen. Was dagegen spricht, sind erhebliche ö k o-

nomische Bedenken, auf die ich schon vor mehr als dreißig Jahren in meiner Schrift über die „soziale Revolution" aufmerksam machte.

Es ist einfach ökonomisch unmöglich, die Gesamtheit der kapitalistischen Betriebe mit einem Schlage in sozialistische umzuwandeln. Bei vielen wird es notwendig sein, sie bis auf weiteres kapitalistisch weiter funktionieren zu lassen. Das ungestörte Funktionieren solcher Betriebe liegt auch im Interesse des Arbeiterstaates. Die Besitzer dieser Betriebe werden aber für deren Fortführung nur dann tätig sein, wenn sie gegen Konfiskation ihrer Unternehmen gesichert werden und wenn wir jenen von ihnen, deren Betriebe später zu verstaatlichen sind, eine ausreichende Entschädigung zuerkennen.

Aber diese Aussicht auf Entschädigung soll eben bewirken, daß die Kapitalisten auf jeden Versuch einer passiven Resistenz, einer ökonomischen Hemmung und Schädigung des neuen Regimes verzichten. Gegenüber Kapitalisten, die solche böswillige Versuche trotzdem unternehmen, besteht kein Grund, ihr Eigentum an den Produktionsmitteln zu respektieren. Die Drohung mit der Konfiskation wird das wirksamste Mittel sein, sie zu veranlassen, sich mit der sozialistischen Regierung und Wirtschaft abzufinden.

Ökonomische wie politische Rücksichten werden beides notwendig machen: Sowohl die Sicherung der gutwilligen Kapitalisten gegen einfache Konfiskation ihres Besitzes, als auch die Entschlossenheit, jedes Unternehmen rücksichtslos ohne jede Entschädigung zu konfiszieren, das sich der neuen Wirtschaft feindselig entgegenstellt, sich nicht in sie einfügen will.

Aber nichts irrtümlicher, als zu vermeinen, nur eine Diktatur würde diese Entschlossenheit aufbringen können. Allerdings, die bisherigen Regierungen von Sozialisten und erst recht die Koalitionsregierungen waren nicht in der Lage, so rücksichtslos vorzugehen. Jedoch nicht die Demokratie hemmte sie dabei, sondern der Umstand, daß sie nicht über eine geschlossene sozialistische Mehrheit verfügten.

Nur eine solche wird nicht bloß den Mut und den Willen, sondern auch die Kraft haben, den kapitalistischen Widerstand rücksichtslos zu brechen. Eine dazu ausreichende Mehrheit aber gewinnen wir, wie schon hervorgehoben, am ehesten in einer Demokratie. Wir bedürfen in einem modernem Staat einer viel größeren Mehrheit, um eine sozialistische Diktatur als um eine sozialistische Regierung in der Demokratie zu gewinnen.

Also in jeder Beziehung wird die Sache der Befreiung der arbeitenden Klassen durch die Demokratie nicht gehemmt, sondern gefördert.

4. DIE GEBIETE DER DIKTATUR.

Die neue Richtung in unserer Partei will den Kampf für die Demokratie, den wir bisher in allen unseren Parteiprogrammen vom Beginn der Partei an hatten, ersetzen durch einen Kampf für eine neue Diktatur, die an Stelle der Hitlerschen gesetzt werden soll.

Eine so neue Idee bedürfte einer genauen Darlegung dessen, was wir unter dem Wort der von uns anzustrebenden Diktatur zu verstehen haben. Genosse X im „Neuen Vorwärts" begnügt sich zu fordern:

„Stabilisierung der Herrschaft der Arbeiterklasse durch eine Diktatur."

Im Pariser „Populaire" vom 10. August d. J. fordert Jean Zyromski, „die gesamte politische Macht solle in den Händen der revolutionären Klasse, der Arbeiterklasse konzentriert werden, unter Ausschluß der anderen Klassen".

Wer soll diese einzig im Staate berechtigte Klasse sein? Zyromski spricht von der „Diktatur des Proletariats". Will er nur den Lohnarbeitern politische Rechte geben, nicht auch jedem anderen, der von seiner Hände Arbeit lebt, Bauern, Kleinbürgern, Intellektuellen? Lenin schuf die Republik der Proletarier, Bauern und Soldaten. Will Zyromski die Bauern und ebenso alle Kleinbürger und Intellektuelle rechtlos machen? Er will jeden Widerstand unmöglich machen, auch solchen, der sich „auf demokratische Prinzipien und Institutionen stützt". Das kann nur geschehen durch eine der Diktatur blind ergebene bewaffnete Macht. Dabei aber will er innerhalb der Arbeiterklasse, welche Volksschichten im-

mer er unter diesem Wort verstehen mag, die Demokratie aufrecht erhalten. An der von ihm gewünschten Diktatur würden also offenbar alle politischen Richtungen beteiligt sein, die innerhalb der Arbeiterschaft Anhang finden, nicht bloß Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten, bürgerliche Radikale, Faschisten und fromme Katholiken.

Eine derartige Diktatur des „Proletariats" ist natürlich eine Absurdität. Die Idee dieser Diktatur stirbt an Lächerlichkeit, sobald man sie ans Licht zieht.

Ich nehme an, die Diktatur, von der Genosse X spricht, ist ernsthafter zu nehmen. Als solche könnte man nicht eine Diktatur aller in der Arbeiterklasse vertretenen politischen Richtungen betrachten, sondern nur die einer einzigen Arbeiterpartei. Er denkt dabei jedenfalls nur an die Sozialdemokratie.

Er will also offenbar, wir sollen die arbeitenden Massen auffordern, die Diktatur Hitlers zu stürzen, nicht damit sie volle Bewegungsfreiheit für sich gewinnen, sondern damit sie sich einen anderen absoluten Herrn setzen, eine sozialdemokratische Partei, die natürlich das Wohl der Arbeiter will und sich daran machen wird, den Sozialismus rasch aufzubauen, die das aber mit den Mitteln und Methoden einer Diktatur anstrebt, das heißt, eines bürokratisch-militärisch-polizeilichen Staatsapparats, den sie beherrscht und der so organisiert ist, daß sie es vermag, eine wirksame, unwiderstehliche und durch nichts zu beeinflussende Diktatur zu üben.

Das ist das Ziel, das Genosse X uns setzen will. Das entnehmen wir seinen Andeutungen im „Neuen Vorwärts". Leider genügen diese nicht, völlige Klarheit zu schaffen. Es erstehen noch einige Fragen, die beantwortet sein müssen, damit kein Zweifel möglich ist über das, was ihm vorschwebt.

Vor allem ist es notwendig, zu erfahren, ob seine Auffassung der Notwendigkeit der Diktatur als Mittel sozialistischen Aufbaus nur für Hitlerdeutschland gilt oder für die ganze Welt. Ob er hier einen Programmpunkt bloß für die deutsche Sozialdemokratie aufstellen will oder für die gesamte sozialistische Internationale.

Mancher meint, die Methoden der Demokratie versagten heute in aller Welt. Nur noch durch die der Diktatur könnten wir vorwärtskommen. Ihnen gehöre die Zukunft, wenigstens die nächste Zukunft.

In Wirklichkeit können wir seit dem Beginn der modernen Industrie und ihres Verkehrslebens, also seit dem 16. Jahrhundert, und allgemein seit dem Ende des 18. in den Gebieten dieser Industrie ein allgemeines Vorwärtsdringen der Idee und dann auch der Realisierung der Demokratie verzeichnen. Das dauert bis zum Ende des Weltkrieges, der noch fast überall mit großen Erfolgen der Demokratie abschließt. Erst manche Nachwirkungen des Weltkrieges, dann die Friedensverträge und schließlich die Weltkrise haben seit einigen Jahren ein Zurückdrängen der Idee der Demokratie durch die der Diktatur herbeigeführt. Aber keineswegs überall.

Wir können Europa politisch in zwei große Gebiete teilen. Das eine umfaßt jene Länder, in denen die bürgerlichen Klassen, Bourgeoisie und Kleinbürgertum mit dem politisch lange von diesem nicht getrennten, unselbständigen Proletariat, frühzeitig stark genug waren, die Bewegungsfreiheit im Staate, die sie brauchten, durch direkte Bekämpfung und Niederwerfung der monarchistischen absolutistischen Staatsgewalt zu erobern oder zu behaupten. Das gelang zuerst den Schweizern, dann den Niederländern, den Engländern, den Amerikanern, schließlich den Franzosen noch vor dem 19. Jahrhundert. Ich habe diese Vorgänge geschildert im ersten Bande meines Werkes „Krieg und Demokratie".

In allen diesen Nationen haben die siegreichen Revolutionen den Volksmassen großes Selbstbewußtsein eingeflößt und es in ihnen festgewurzelt. Die blinde und demütige Unterwürfigkeit unter die Organe der Staatsmacht, die Absolutismus und Diktatur mit sich bringen, kommt in manchen der genannten Gebiete entweder gar nicht auf oder sie wird der Bevölkerung so gründlich ausgetrieben, daß jeder Versuch zum Scheitern verurteilt ist, einen neuen Absolutismus von einer Kraft und Dauer aufzurichten, die allein imstande wäre, Staat und Gesellschaft grundlegend umzuwälzen und deren bisherige Formen durch höhere zu ersetzen.

Anders gestaltet sich die Lage in Ländern, die sich

erst später politisch oder ökonomisch so weit entwickelten, daß deren bürgerliche Klassen und ihr Proletariat ein Bedürfnis nach geistiger, politischer und ökonomischer Bewegungsfreiheit verspüren. Dieser Grund demokratischen Strebens erstarkte bei ihnen erst zu einer Zeit, als westlich von ihnen das Proletariat bereits anfängt, sich selbständig zu machen, so daß neben dem bürgerlich-demokratischen auch ein proletarisch-demokratisches Streben ersteht. Gleichzeitig hat die Waffentechnik der staatlichen Armeen solche Fortschritte gemacht, daß die Aussichten rebellischer Volksmassen im Bürgerkrieg gegen solche Armeen auf Null reduziert werden. Und überdies bringt nun die Ausdehnung der Warenproduktion in der Landwirtschaft die Bauern in Gegensatz zu den Städtern, mit denen sie ehedem Hand in Hand gingen. Die Bauern haben ein Interesse an hohen Lebensmittelpreisen, die Städter an niedrigen.

Alles das ertötet nicht das Streben der Bourgeoisie und der Kleinbürger nach einem gewissen Ausmaß von Demokratie, aber es läßt sie seit 1848 auf den revolutionären Weg zu deren Gewinnung verzichten. Dieser Weg erscheint ihnen zu unsicher und gefahrvoll. Der bürgerliche Liberalismus solcher Länder benützt von da an mit Vorliebe die Gegensätze zwischen verschiedenen Dynastien, um zu einem freieren Staatswesen zu gelangen. In den mitteleuropäischen Kriegen nach 1848 erkaufen sich manche Dynastien die Hilfe ihrer Bourgeois in der Außenpolitik durch liberale Konzessionen im Innern, indessen andere Dynastien, die solche Konzessionen ablehnen, im Kriege zusammenbrechen und nun das gewähren müssen, was sie vor der Niederlage hochmütig verweigert haben.

Das Ausmaß der auf diese Weise, nicht durch Bürgerkrieg gegen die Dynastien, sondern durch Kriege zwischen den Monarchen errungenen Freiheiten ging fast nirgends über einen recht dünnen Liberalismus hinaus und hob nur wenig das Selbstbewußtsein der Bevölkerung gegenüber der Obrigkeit. Nur bei dem Proletariat und auch da nur bei seinem höchst entwickelten, sozialdemokratisch organisierten Teil, schwand die Untertänigkeit. Sie erhielt sich in den übrigen Klassen, besonders stark in Deutschland mit seinen vielen kleinen

Staaten und Hofhaltungen. In Österreich wurde die Untertanengesinnung der Bourgeois und Kleinbürger in hohem Maße entwickelt bei den Deutschen, weil deren Bourgeoisie glaubte, durch die Habsburger über die anderen Nationen im Staate erhoben zu werden. Bei Ungarn, Tschechen, Polen bildete sich zeitweise gerade wegen des nationalen Gegensatzes die Opposition gegen die Dynastie stärker aus.

In Rußland war es die ungeheure Überzahl einer analphabetischen Bauernschaft, was die Masse der Bevölkerung in jeder Beziehung völlig abhängig von der zentralisierten Bürokratie des Zarismus mit allen ihren Machtmitteln machte.

Mehr noch als in Mitteleuropa wurde in Rußland der sozialistisch denkende Teil der städtischen Arbeiterschaft die einzige Schicht, die entschieden den Kampf gegen den Absolutismus und für die Demokratie aufnahm, zum Teil bewundert und ermuntert, zum Teil gefürchtet von der Bourgeoisie. Aber das industrielle Proletariat war für sich allein noch zu schwach, sogar in Deutschland, geschweige im russischen Reich, die riesenhaften Machtmittel der Militärmonarchie lahm zu legen. Wenn diese dort ebenso wie in Österreich schließlich erlag, so geschah es im Weltkrieg unter dem Druck fremder Waffen, nicht der Revolutionäre des eigenen Landes.

Die so 1917 und 1918 gewonnene Freiheit vermochte die seit Jahrhunderten durch die Verhältnisse anerzogenen Gefühle der Untertänigkeit und der Unselbständigkeit gegenüber der Staatsgewalt nur unvollkommen in jenen Volksschichten auszulöschen, die nicht vorher schon revolutionär gesinnt gewesen. Das erleichterte schon nach wenigen Monaten voller Freiheit in Rußland die Wiederaufrichtung eines neuen Absolutismus. Nicht so schnell ging das in manchen der neugeschaffenen Freistaaten, die westlich von Rußland 1918 erstanden. Allenthalben wuchsen die politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die den Kriegswirkungen und schließlich seit 1929 der Krise entsprangen. Je mehr das eintrat, desto haltloser wurde ein großer Teil der Bevölkerung, nicht bloß Bourgeois, Kleinbürger, Bauern, sondern auch jener Teil der Proletarier, der noch nicht

geistige Selbständigkeit erlangt hatte oder deren Arbeitslosigkeit sie aus Menschen, von denen die Gesellschaft lebte, in Menschen verwandelte, die von der Gesellschaft lebten. Die Psyche der letzteren ähnelte immer mehr der der Proletarier des alten Rom, die ihre Freiheit dem Meistbietenden verkauften, dem Cäsar. Alle diese Schichten verloren jede Zuversicht zu sich selbst, sehnten sich immer mehr nach einer starken Führung. Wo sie eine solche zu entdecken glaubten, da folgten sie ihr. Dies die psychologische Grundlage der Popularität der Diktaturen unserer Zeit.

Eine ähnliche Stimmung des Kleinmuts und der Haltlosigkeit, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten, ist schon früher nach mancher Revolution eingetreten. Sie hat die Gegenrevolution gefördert. Aber eines ist heute dabei neu. Ehedem hat die Gegenrevolution gegen die demokratische Revolution stets zur Aufrichtung einer neuen oder zur Wiederbefestigung einer alten Erbmonarchie geführt. Damit ist es heute vorbei. Der die Revolution besiegende Absolutismus hat diesmal noch keine neue Dynastie begründet, keine vertriebene Dynastie wieder zurückgeführt. Wo er eine vorfand, hat er sie vielfach zur Machtlosigkeit verurteilt, so in Italien. Nur die Balkanstaaten bildeten einen Fall für sich.

Die Diktaturen unserer Zeit begründen keine Dynastien. Sie sind in dieser Beziehung nicht die Nachfahren der Cäsaren, sie sind auch keine Bonapartes.

Darin mag man einen Fortschritt sehen. Er ist indes sehr fragwürdiger Art. In der Erbmonarchie bildet der Staat die Domäne nicht des einzelnen Monarchen, sondern der Dynastie. Jeder Monarch empfindet die Verpflichtung, den Staat seinen Nachfolgern in gutem Zustand zu hinterlassen. Dieses Motiv fehlt dem Diktator, der keine Dynastie begründet. Er erobert das Staatswesen, um es zu plündern. Nach ihm möge die Sintflut kommen. Wenn es nur ihn aushält! Der neue Absolutismus wird von seinen Vertretern selbst nicht als dauernder Zustand gedacht.

Sollen wir annehmen, daß es überall so kommen muß, daß die Untertänigkeit breiter Massen, die eine Vorbedingung jeder erfolgreichen Diktatur ist, zu einer allgemeinen Erscheinung der modernen Völker wird und daß diese Untertänigkeit die psychische Grundlage bildet, aus der die Befreiung des Proletariats hervorgehen wird?

Wer das annimmt, versteht weder die neuere Geschichte noch die aus ihr hervorgehende Beschaffenheit der Demokratie des Westens. Der Faschismus wird nicht den Rhein und schon gar nicht die Nordsee überschreiten. Er wird in Frankreich, England, Amerika die Modenarrheit einiger bedeutungsloser politischer Gecken bleiben. Und der Idee einer sozialistischen Diktatur ist dort kein besseres Schicksal beschieden.

5. DIE DIKTATUR IN DER PARTEI.

Die eine Frage, die wir an die Verfechter der Diktatur in unseren Reihen zu richten haben, ist also die: Soll die Idee der Diktatur als Methode der Durchführung des Sozialismus bloß dem Programm der deutschen Sozialdemokratie oder dem der gesamten sozialistischen Arbeiterinternationale einverleibt werden?

Zu dieser hätten wir eine weitere Frage hinzuzufügen: Soll die Diktatur, die für unerläßlich gehalten wird, bloß eine Diktatur im Staate oder auch eine innerhalb der Partei sein?

Es gab in den Anfängen unserer Bewegung so manchen Sozialisten, der sich selbst für so sehr den Arbeitern seiner Zeit überlegen dünkte und die Proletarier, die er zum Kampfe für den Sozialismus aufrief, für politisch so unerfahren, daß er glaubte, er müsse von ihnen blinden Gehorsam fordern, also diktatorische Befugnisse für sich innerhalb der Partei verlangen. Er fürchtete, bei demokratischer Organisation der Partei würden die Arbeiter zu viele Fehler begehen, sich zu leicht nasführen lassen.

Unter den deutschen Sozialdemokraten der bedeutendste, der so dachte, war Ferdinand Lassalle. Das bildete einen der wichtigsten Gegensätze zwischen ihm und Karl Marx. Dieser war der Überzeugung, daß nur in der Demokratie die Arbeiter jene Fähigkeiten erwerben könnten, deren sie bedürfen, um den Produktions-

prozeß sowie den Staat ersprießlich leiten zu können. Der Bund der Kommunisten, dem er 1847 beitrat, war als Verschwörung diktatorisch eingerichtet, Marx veranlaßte, daß seine Organisation eine demokratische wurde. Und später in der Internationale verhinderte er, daß Mazzini aus ihr eine Verschwörergesellschaft mit diktatorischen Befugnissen der Leitung machte.

In der deutschen Sozialdemokratie versuchte nach Lassalles frühem Tod I. B. v. Schweitzer dessen Diktatur in der Partei fortzusetzen. Das führte zur Abspaltung jener Genossen, die eine demokratische Parteiorganisation forderten, wobei Marx sich auf Seite derjenigen stellte, die für die demokratische Organisation eintraten. Auch für die Gewerkschaften lehnte Marx im Gegensatz zu Schweitzer alle diktatorischen Befugnisse der Führer ab.

Diese demokratische Organisierung der Arbeiter hat die Oberhand gewonnen, in Partei und Gewerkschaft, nicht bloß in Deutschland, sondern in der Welt. Nicht zum wenigsten darauf beruhte die Einmütigkeit und Kraft dieser Organisationen bis zum Weltkrieg.

Soll sich das jetzt ändern? Soll die Partei einem Parteivorstand diktatorische Befugnisse einräumen, nicht nur für einzelne Aktionen — solche Befugnisse können zeitweilig unerläßlich werden — sondern auch für den Aufbau und die Bestimmung des Wesens der Partei? Sollen ihre Funktionäre nicht von den Genossen gewählt, sondern von einem Führer ernannt werden? Und soll dieser sich aus eigener Machtvollkommenheit zum obersten Herrn der Partei aufwerfen? Meines Wissens hat noch niemand derartiges ins Auge gefaßt. Es müßte verhängnisvoll wirken, wenn es geschähe.

Wenn aber die Demokratie in der Partei fortbesteht, wie soll sie mit der Diktatur im Staat vereinbart werden? Das ist ein ganz unmögliches Beginnen. Man sehe nur auf den russischen Bolschewismus hin! Er vertrug keine freien Gewerkschaften, vertrug keine freie Kritik der Führer durch Parteigenossen. Er hat jede Opposition in der Partei, ebenso wie im Staat schonungslos zermalmt. Man kann nicht jede freie Kritik, jede Bewegungsfreiheit der Massen im Staate unterbinden und in der Partei der großen Massen, in der Sozialdemokratie, unangetastet lassen. Wir wollen gar nicht von der Komplizierung reden, die sich dort ergibt, wo verschiedene Arbeiterparteien nebeneinander bestehen. Soll die stärkere unter ihnen die anderen diktatorisch unterdrücken oder soll die eine den anderen das demokratische Recht freier Propaganda einräumen?

Und noch eine andere Frage: Für welche Person wollen wir die Diktatur verlangen? Man könnte die Frage anders formulieren und diktatorische Befugnisse statt für eine einzige Person, für ein Komitee von Personen fordern, einen Wohlfahrtsausschuß. Aber das Wesen einer Diktatur bringt es mit sich, daß in einem solchen Komitee früher oder später stets eine einzelne Persönlichkeit sich durchsetzt, wie zur Zeit des Konvents Robespierre. Und die Antwort wird nicht vereinfacht, wenn die Partei statt einer Person 5 oder 7 ernennen soll, deren Führung wir die Partei und den Staat ganz uneingeschränkt überlassen wollen. Es müssen Persönlichkeiten sein, die alle anderen Individuen im Staat so unendlich überragen, daß die große Mehrheit des Volkes bereit ist, ihnen blindlings zu folgen.

Solche Persönlichkeiten aus unseren Reihen sind bisher nicht genannt worden. Und ich möchte noch weiter gehen und die Prophezeihung wagen, daß wir solche nicht finden werden. Das bedeutet keineswegs ein Armutszeugnis für unsere Partei. Das bezeugt nur, daß in ihr, wie in jeder demokratisch eingerichteten Organisation die Bedingungen fehlen, die es ermöglichen, daß einzelne Persönlichkeiten eine die Masse turmhoch überragende Bedeutung erhalten.

In den demokratischen Organisationen herrscht ein steter Kampf der Meinungen. Wer seine Überzeugung durchsetzen will, muß sie erst begründen und gewandt gegen die Argumente der Kritiker vertreten. Das fördert das geistige Leben, hebt die geistige Selbständigkeit der Einzelnen, bewirkt aber, daß selbst anerkannte Führer stets auf Kritik in der Partei stoßen.

In einer ausgedehnten demokratischen Organisation, die sich hohe Ziele setzt, findet man leicht viele geistig hochstehende Mitglieder, nicht aber eines, das als ein Wesen höherer Art den andern gegenüber erscheint.

Anders gestalten sich die Dinge in Organisationen,

in denen die Funktionäre allein zu reden, die Massen zu schweigen haben. In der Kirche z. B. hat der Prediger allein das Wort, keine Gegenrede, nicht einmal ein Zwischenruf ist gestattet. Niemand hat das Recht, die Richtigkeit seiner Argumente zu bestreiten. Nur das ermöglicht es ihm, seinen Schäflein gegenüber als Stellvertreter Gottes aufzutreten.

Und als ein anderer Stellvertreter Gottes wurde einmal im deutschen Reich der Feldwebel bezeichnet. In der Tat gibt es in der Armee auch kein Diskutieren zwischen Offizieren und Mannschaften, nicht nur keines während einer Aktion, was selbstverständlich ist, sondern auch außerhalb des Dienstes — wenigstens nicht in einem stehenden Heere. Und das gleiche gilt in einer Verschwörung zwischen den Leitern und den gewöhnlichen Mitgliedern.

Verschwörung, Armee, Kirche, das sind die Brutstätten von Diktatoren, die durch ihr Ansehen als ganze oder halbe Götter die Masse ihrer Angehörigen bergeshoch überragen. Auch die Männer der Hitlerdiktatur erwuchsen in den illegalen Privatarmeen, die sich nach dem Kriege in manchen Gegenden des Deutschen Reichs bildeten. Wie klein werden oft Männer dieser Art, wenn sie nicht Untergebenen zu kommandieren oder vor solchen zu predigen, sondern auf Gleichgestellte mit Argumenten zu wirken haben! Ludendorff wurde zur Nichtigkeit herabgedrückt, als er so unvorsichtig war, sich in den Reichstag wählen zu lassen. Hitler hat recht, wenn er ein Parlament ebenso sehr scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Er ist ein meisterhafter Komödiant, unerreicht in der Kunst der Reklame, darin der modernste der Diktatoren. Aber in einer Diskussion mit einem der führenden Politiker der Sozialdemokratie würde er schmählich versagen. Das scheint er selbst zu wissen, trotz seiner maßlosen Eitelkeit, denn er hat nie eine solche Diskussion gewagt.

Die faschistische Bewegung hat bisher keine einzige Persönlichkeit von mehr als mittelmäßiger Begabung hervorgebracht, keinen Mann, der auch nur im entferntesten an Lassalle heranreichen würde, an Bebel, an Viktor Adler, an Jaurès — von Marx und Engels gar nicht zu reden — um nur Tote zu nennen, und nur

einige aus einer langen Reihe glänzender Namen. Jeder der genannten war eine kolossale Persönlichkeit, aber keinem von ihnen wäre es eingefallen, eine diktatorische Stellung in seiner Partei oder gar im Staate anzustreben. Keine Partei ist so demokratisch, so sehr auf der Gleichheit aller Mitglieder und auf der Freiheit ihres Wortes aufgebaut, wie die sozialdemokratische. Keine ist darum weniger geeignet, Diktatoren zu produzieren. Wenigstens war es bisher so. Wir wissen nicht, welche Wandlungen der Kampf gegen die Hitlerei noch bringen wird, aber wir sind dessen sicher, unsere Partei wird nie einen Charakter annehmen, der die Genossen zu stummen Hunden herabdrückt, die sich schweifwedelnd um einen Führer drängen, der allein für sie die Intelligenz der Partei verkörpert. Woher soll da der Diktator kommen?

Es ist aber ein Unding, die Diktatur abstrakt zu fordern und nicht die Diktatur bestimmter Personen. Es gehört zum Wesen der Diktatur, daß an Stelle des Vertrauens zu einer Partei, zu ihren Mitgliedern, ihrem Programm, das Vertrauen zu einer einzelnen Person tritt, von der die Massen alles das erwarten, wozu sie selbst sich nicht fähig fühlen. Das Vertrauen mag durch besondere Leistungen hervorgerufen sein, wie bei Napoleon I. oder bei Lenin, oder bloß durch die riesenhafte Reklame eines gerissenen Hochstaplers, es muß stets das Vertrauen zu einer Person sein. Man kann die Demokratie oder die Aristokratie oder Erbmonarchie als Institution fordern, nicht aber die Diktatur. Man kann diese bloß verlangen für bestimmte Personen. Sonst bleibt sie ein leeres Wort.

Wer will, daß wir nach Hitlers Niederringung eine neue, sozialdemokratische Diktatur aufrichten, der muß heute schon den Mann — oder die Frau — bezeichnen, in deren Hände er diese furchtbare Macht legen will. Oder soll es etwa irgend ein Parteivorstand sein, dem diese Allmacht zu verleihen wäre, ohne Rücksicht darauf, wie seine Zusammensetzung? Das würde die Sache nicht plausibler machen.

Wer eine Diktatur im Allgemeinen fordert, nicht die einer bestimmten Person, setzt im Stillen stets voraus, daß der Diktator gerade so denken wird, wie derjenige,

der nach ihm verlangt. Das Verlangen nach einer anonymen Diktatur ist der Wunsch nach der eigenen Allmacht. Ein sehr begreiflicher Wunsch. Aber keiner, auf den eine bestimmte, erfolgreiche Politik in der Wirklichkeit aufzubauen ist.

Das Wesen der Sozialdemokratie ist nun einmal mit dem Wesen der Diktatur nicht zu vereinbaren.

6. DIE BEFESTIGUNG DER DEMOKRATIE.

Ist das bisher hier ausgeführte richtig, dann hat unser Wahlspruch für die kommenden Kämpfe gegen die Hitlerei nicht zu lauten: „Vorwärts zu einer neuen Diktatur", sondern: „Zurück zur Demokratie". — Trotz des „mitleidigen Lächelns", mit dem Genosse X jedem begegnet, der noch über Demokratie redet. Doch in einem Punkte gebe ich Genossen X recht: „Kein Gott kann die Weimarer Verfassung wieder herstellen". Das heißt, wir haben nicht deren bloße Wiederherstellung als unser Kampfziel zu verkünden. Sie hat zahlreiche Mängel geoffenbart, die wir nicht zu erneuern haben. Doch sehe ich diese Mängel anderswo, als Genosse X. Nicht in ihren demokratischen, sondern ihren nichtdemokratischen Elementen. Diese, nicht jene waren es, die Ansatzpunkte für eine Diktatur boten und daher nicht zu erneuern sind. Dabei will ich die Bedeutung dieser Punkte für das Aufkommen Hitlers nicht übertreiben. In letzter Linie werden politische Kämpfe nicht durch Verfassungsparagraphen entschieden, sondern durch die realen Machtverhältnisse der Parteien und der hinter ihnen stehenden Klassen. Aber man darf da Verfassungsbestimmungen auch nicht unterschätzen. Für die Art, wie politische Kämpfe ausgefochten werden, sind sie von größter Bedeutung. Und wo nicht eine ausgesprochene Übermacht einer einzelnen Partei besteht, sondern die Kräfte einander annähernd die Waage halten, kann die Art der Verfassung auch auf ein politisches Endergebnis bestimmend einwirken. Sie kann die eine Partei begünstigen, die andere hemmen.

Die Verfassung der deutschen Republik vom 11. August 1919 ist im Gegensatz zur zusammengebrochenen

Militärmonarchie der Hohenzollern erstanden. Aber aus den verschiedensten Gründen, teils der inneren, teils der äußeren Politik, wurde der Bruch mit der Vergangenheit nicht weitgehend genug vollzogen — das war übrigens früher schon auch in den Verfassungen anderer Republiken der Fall, die aus Monarchien entstanden.

So weisen z. B. fast alle diese Republiken — im Gegensatz zur Schweiz — einen Monarchenersatz auf, einen Präsidenten. Auch die deutsche Republik glaubte ohne einen solchen nicht auskommen zu können. Noch mehr. Sie gab ihm eine Stellung, die weit einflußreicher war, als etwa die des Präsidenten der französischen Republik; ja, die ihm mehr Befugnisse verlieh, als sie der König von England besitzt. Er wurde vom Volke selbst erwählt, nicht von der Volksvertretung, stand ihr dadurch als ein selbständiger Machtfaktor gegenüber. Dabei wurde ihm der Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht zuerkannt, die er gegen einzelne Reichsteile nach eigenem Ermessen anwenden darf. Und überdies hat er die Befugnis, einzelne Artikel der Verfassung „vorübergehend" außer Kraft zu setzen.

Der Präsident des Reichs bekam damit eine Stellung, ähnlich der, die die Verfassung der französischen Republik von 1848 für ihren Präsidenten festsetzte, der sich 1852 zum Kaiser machte. Die damaligen Erfahrungen wurden von den Vätern der deutschen Verfassung 1919 in den Wind geschlagen. In Weimar hat man wohl hauptsächlich die Verfassung der Vereinigten Staaten im Auge gehabt, die dem Präsidenten weit größere Befugnisse einräumt, als sie der Präsident der heutigen französischen Republik genießt. Man vergaß dabei eines: in Amerika durfte man ohne Gefährdung der Republik dem Präsidenten so bedeutende Rechte gegenüber der Volksvertretung verleihen, weil die Vereinigten Staaten keine stark zentralisierte Staatsverwaltung kennen und die Bevölkerung durch jahrhunderte lange Gewöhnung frei von jedem Geist der Untertänigkeit gegenüber den Behörden ist. Und obendrein ist die Bundesarmee winzig.

Am besten für eine moderne Republik ist es, sich ohne jede persönliche Spitze zu behelfen. Die Volks-

vertretung, die die Gesetze macht, muß auch die Exekutive einsetzen, die sie durchzuführen hat. Wo der Präsident und die von ihm ernannte Regierung der Volksvertretung als selbständiger Faktor gegenübersteht, wird es ihm unter besonderen Umständen möglich, das Parlament auszuschalten und ohne ein solches zu regieren. Die Weimarer Verfassung ermöglichte es, daß der Kampf gegen Hitler sich schließlich auf die Alternative Hindenburg-Hitler zuspitzte. Damit hatte die Diktatur schon über die Demokratie gesiegt. Also weg mit der Präsidentschaft! Wahl der Regierung durch die Volksvertretung.

Ebenso undemokratisch, wie die Präsidentschaft ist die Einrichtung eines stehenden Berufsheeres. Die Demokratie fordert die Miliz. Allerdings kennen die Vereinigten Staaten auch ein stehendes Heer. Doch ist es wenig zahlreich und neben ihm besteht noch die Miliz. Daß in der deutschen Republik von einer solchen abgesehen wurde, ist nicht die Schuld des Weimarer Verfassungswerks, sondern des Versailler Friedens. Dessen Urheber glaubten besonders schlau zu sein und das deutsche Volk zu jedem Angriffskrieg unfähig zu machen, indem sie bestimmten, es müsse völlig wehrlos sein, mit Ausnahme eines kleinen stehenden Heeres von 100.000 Mann. Sie bewirkten damit nur, daß das deutsche Volk wehrlos wurde gegenüber seinen eigenen Militaristen und daß die aufgezwungene Wehrlosigkeit Aufstellung geheimer Privatarmeen veranlaßte, geführt von Militaristen und Nationalisten. Die demokratischen Parteien suchten der Wehrlosigkeit des Volkes allen diesen antidemokratischen Streitkräften gegenüber durch die Errichtung eigener Abwehrformationen abzuhelfen. Aber auf diesem Gebiete sind die privaten und die staatlichen Militaristen den arbeitenden Klassen über.

Wenn die Hitlerschen Banden in Deutschland zur Allmacht kamen, ist das nicht zum wenigsten dem Versailler Friedensvertrag zuzuschreiben, der das deutsche Volk wehrlos machte. Das heißt, dieser Vertrag stärkte gerade die Militaristen gegenüber den Pazifisten, technisch und moralisch. Er machte die Pazifisten wehrlos, andrerseits erfüllte das Bewußtsein der aufgezwungenen

Wehrlosigkeit zahlreiche sonst friedlich gestimmte Volkskreise mit dem Drang nach Abschüttlung des Friedensvertrags.

Aufhebung der Reichswehr und der privaten Armeen, ihre Ersetzung durch eine allgemeine Volksbewaffnung ist noch wichtiger, als die Beseitigung der Präsidentschaft.*)

Das allein wird indes nicht genügen, die Demokratie zu sichern. Der ganze Staatsapparat muß gründlich umgeändert werden. Er ist hervorgegangen aus der Militärmonarchie, war deren Bedürfnissen angepaßt. Die Revolution von 1918 und die aus ihr hervorgegangene Republik haben diesen Apparat nicht genügend umgestaltet. Ob dazu die Kraft oder die Einsicht der demokratischen Parteien fehlte, braucht hier nicht untersucht zu werden. Jedenfalls ist auf diesem Gebiet radi-

*) Dies wurde geschrieben, lange bevor ich den Artikel Richard Kerns im Wiener „Kampf" über „Krieg, Abrüstung und Internationale" kennen lernte. Ich stimme diesem bemerkenswerten Artikel in allen wesentlichen Punkten vollkommen zu, obwohl er sich gegen die Miliz ausspricht. Er geht eben von ganz anderen Voraussetzungen aus, als ich. Er untersucht die Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht in Milizform, in Hitlerdeutschland eingeführt, ein Faktor der Friedenserhaltung wäre, und er verneint mit vollem Recht diese Frage. Aber ich fordere die Miliz nicht für die Länder der Diktatur, sondern der Demokratie. Ich fordere sie als Teil jenes Zustandes, den wir im deutschen Reich nach der Niederwerfung der Hitler-Diktatur herbeizuführen haben.

Das ist keineswegs unvereinbar mit R. Kerns Wunsch, die demokratischen Regierungen ebenso wie die sozialistische Internationale sollten erklären, daß mit kriegslüsternen Diktaturen auf der Basis der Gleichberechtigung keine Verhandlung möglich sei. Zu den von Kern dafür vorgebrachten Argumenten möchte ich noch das hiezufügen, daß diese Diktaturen von Haus aus aufs tiefste unehrlich und illoyal sind. Hitler soll ein Meister des Wortes sein, er ist sicher ein Meister des Wortbruchs. Diese Herrn erkennen keine andere Bindung an, als die der überlegenen Gewalt.

kal vorzugehen, wenn es gelingt, die Hitler Diktatur zu überwinden.

Schon 1871 hatte Marx bemerkt, daß „die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent" darin besteht, „nicht mehr, wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen". (Brief an Kugelmann, 12. April 1871).

Das ist das gerade Gegenteil dessen, was die Verfechter einer sozialdemokratischen Diktatur wollen. Sie möchten die „bürokratisch-militärische Maschinerie" aus der Hand Hitlers in unsere Hand „übertragen", um mit ihrer Hilfe die „wirkliche Volksrevolution", die Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu vollziehen.

Auf die Ersetzung der überlieferten militärischen Maschinerie der Militärmonarchie durch die Miliz haben wir bereits hingewiesen. Sie dürfte relativ einfach sein. Weniger einfach die Umwandlung der „bürokratischen Maschinerie". Das Verlangen danach stößt auf eine andere, ihm entgegengesetzte Tendenz, die dem Staat immer mehr Aufgaben zuweist, ökonomische, hygienische und andere. Der Sieg der Sozialdemokratie kann diese Aufgaben des Staates nicht einschränken, er wird sie noch gewaltig erweitern. Aber das braucht die Allmacht der staatlichen Bürokratie nicht zu vermehren. Gerade das Wachstum der staatlichen Aufgaben macht es vielmehr besonders wichtig, dem Staat seinen zentralistisch-bürokratischen Charakter zu nehmen. Denn dieser verwandelt jegliche Staatswirtschaft in eine unerträgliche Sklaverei, eine schlimmere Sklaverei, als die kapitalistische, er macht aber auch die Staatswirtschaft zu einer der schwerfälligsten Arten von Zwangswirtschaft, die ökonomisch tief unter der kapitalistischen steht.

Kein Großbetrieb ist möglich, ohne einen ausgedehnten Verwaltungsapparat, eine „Bürokratie". Je größer der Staat, je zahlreicher seine Funktion, desto zahlreicher seine Bürokratie. Das ist nicht zu ändern. Aber die staatliche Bürokratie will nicht bloß verwalten, sondern kommandieren; sie strebt die Machtlosigkeit des Volkes ihr gegenüber an. Das erreicht sie am sichersten dort, wo sie jede Tätigkeit freier Organisationen neben

der ihrigen unmöglich macht. Die organisationslose Bevölkerung steht ihr dann wehrlos gegenüber.

Das erreichte sie im Absolutismus des 18. und dem der Anfänge des 19. Jahrunderts. Das erreicht sie wieder in den Diktaturen seit dem Kriege. Dem gegenüber gilt es auf der einen Seite die Einheitlichkeit der zentralisierten Staatsbürokratie zu durchbrechen durch weitgehende Autonomie der Gemeinden und Provinzen oder Länder — nur dürfen diese nicht so groß sein, daß sie einen besonderen Staat im Staate bilden, wie etwa Preußen und auch Bayern im deutschen Reich. Die Männer der französischen Revolution von 1789 verliehen den Departements vollkommene Selbstverwaltung. Sie machten aber jedes Departement so klein, daß es aus eigener Kraft nicht bestehen konnte.

Andrerseits muß der Bevölkerung völlige Organisationsfreiheit zugestanden werden in Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien etc.

Dabei strebt der Sozialismus wohl darnach, diejenigen Produktionsmittel, die nicht individuell, sondern gesellschaftlich bewirtschaftet werden, aus Privateigentum in Gemeineigentum zu verwandeln. Aber Marx und Engels haben sich stets gehütet, darunter eine allgemeine Verstaatlichung der Produktion zu verstehen. Sie sprachen von ihrer „Vergesellschaftlichung", heute sagt man Sozialisierung, nicht ihrer Verstaatlichung.

Schon 1902 in meiner Schrift über den „Tag nach der Revolution" wies ich darauf hin, daß Großbetriebe mit bloß lokaler Bedeutung am besten von Gemeinden oder Gemeindeverbänden bewirtschaftet würden. Die Produktion für den persönlichen Konsum werde am besten durch die Eigenproduktion von Konsumgenossenschaften betrieben.

Nur ein Teil der großen Betriebe der Produktion und des Verkehrs wird in den Besitz des Staates übergehen müssen, soweit das nicht schon geschehen ist, wie bei den meisten Eisenbahnen. Aber auch deren Verwaltungsapparat wird, wenn sie gedeihen sollen, in hohem Maße autonom werden müssen mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung der einzelnen Betriebe und der ganzen Produktionszweige.

Ist das alles durchgeführt, Aufhebung der Präsidentschaft, Einführung der Miliz, Dezentralisierung des Staatsapparats, möglichst weitgehende Selbstverwaltung der einzelnen Organisationen im Staat, dann ist die „formale" Demokratie — Freiheit der Presse, des Wortes, der Versammlungen, der Wahlen, der Volksvertretungen — auf das festeste gesichert — wenigstens bei einer Bevölkerung, die gelernt hat, selbständig zu denken und zu handeln, was bei den Deutschen doch der Fall ist.

Eine derartige Stabilisierung der Demokratie, das muß unsere dringendste Sorge sein, sobald es gelungen ist, die Hitlerdiktatur niederzuwerfen. Sie ist, wie schon Marx vor einem halben Jahrhundert gesagt hat, die unerläßliche Vorbedingung jedes Aufstiegs zum Sozialismus. Es heißt das Pferd hinten am Wagen anspannen, wenn man die Sache umgekehrt machen, den Sozialismus durch Aufrichtung einer neuen Diktatur erreichen will. Eine solche verrammelt alle Wege des sozialistischen Aufstiegs, mag sie ihn auch noch so eifrig wünschen, planen, kommandieren.

7. DIE STABILISIERUNG DER POLITISCHEN MACHT DER SOZIALDEMOKRATIE.

In einem Lande mit einem starken und politisch aufgeklärten Proletariat ist es möglich, durch die soeben dargelegten Maßregeln eine einmal errungene Demokratie so zu befestigen, daß sie nicht wieder durch ein diktatorisches oder absolutistisches System umzustürzen ist. Aber es ist nicht bloß möglich, die Demokratie gegen eine Diktatur zu schützen, es ist auch leichter möglich, eine Diktatur unter der Losung der Demokratie zu stürzen als unter der Losung der Ersetzung der bestehenden Diktatur durch eine andere. Der Kreis derer, die an einer neuen Diktatur ein Interesse hätten, wird stets kleiner sein als der Kreis jener, die volle Bewegungsfreiheit im Staate fordern, nicht bloß für sich allein, sondern für alle.

Aber freilich, gar manchem unter uns genügt nicht

die Eroberung und Sicherung der Demokratie mit den Möglichkeiten, die sie jeder Bewegung großer Massenparteien, also auch der Sozialdemokratie bietet, ihre Anfänger zu schulen, zu organisieren, zu politischer und ökonomischer Macht zu führen. Nicht wenige verlangen mehr: sie wollen eine Verfassung, die uns nicht bloß die Möglichkeit bietet, die politische Macht zu erobern, sondern eine, die uns den Besitz dieser Macht, wenn wir sie einmal gewonnen haben, unter allen Umständen sichert, wie immer die Volksmassen gesinnt sein mögen. Diese Garantie gibt uns die Demokratie allerdings nicht. Man erwartet sie von der Diktatur der eigenen Partei, die freilich mit Notwendigkeit auch die Diktatur der Führer in der Partei und über die Partei mit sich bringt.

Und doch, trotz aller politischen Allmacht der Diktatur vermag auch sie nicht der Partei, die mit ihren Methoden regiert, unter allen Umständen den Besitz der politischen Macht zu gewährleisten. Am wenigsten in unseren Tagen des späten Kapitalismus, der ganz unerwartete und sonderbare Krisen und Katastrophen gebiert. Es ist der Köhlerglaube der Hitlerleute, zu meinen, wenn man einmal Diktator sei, dann verfüge man über die Macht für immer.

Keine Diktatur kann sich dauernd behaupten. Jede führt entweder zum Verderben des Staates, den sie beherrscht, und damit zum eigenen Untergang, oder zur Empörung der Volksmassen gegen die neuen Herren, auch wenn diese es noch so gut meinen. Daß eine Diktatur jemals freiwillig aufgegeben worden wäre oder Zustände gezeitigt hätte, bei denen die arbeitenden Klassen sich wohl fühlten, ist in der Geschichte noch nicht vorgekommen.

Also die Diktatur bedeutet ebensowenig wie die Demokratie eine Stabilisierung der politischen Macht für irgend eine Partei, auch nicht für die unsere. Die Idee einer Diktatur des Proletariats wird von vornherein absurd dort, wo das Proletariat in verschiedene Parteien gespalten ist.

Die Diktatur sichert ebensowenig wie die Demokratie den Staat vor Gegensätzen und Kämpfen. Die Diktatur

bewirkt bloß eine andere Art der Auskämpfung dieser Gegensätze, als die Demokratie.

Die Diktatur schließt jede andere Art des Übergangs der politischen Macht von einer Partei auf eine andere aus, als die durch verheerende blutige Katastrophen, innere oder äußere. Die gewaltsame Niederhaltung der Massen kann deren Unmut zu revolutionärem Fanatismus steigern, sie verkümmert aber gleichzeitig ihre Fähigkeiten freier Organisation und klarer Erkenntnis der Welt. Dauert die Diktatur lange genug, um diese Verkümmerung im Volke allgemein zu machen, dann führt ihr Umsturz leicht zu einer neuen Diktatur oder einem Chaos. Das eine wie das andere hemmt den Aufstieg zu einer höheren Gesellschaftsform. Welches Unglück für das deutsche Volk, wenn ihm keine Wahl bliebe als die zwischen gegensätzlichen Diktaturen!

Ganz anders der Entwicklungsgang in der Demokratie, solange sie selbst gesichert ist. Eine bisher herrschende Partei kann da einmal von einem Teil ihrer Wähler verlassen werden und die politische Macht verlieren, die sie besessen. Aber ihr bleiben auch im Zustande der Minderheit und der Opposition alle Rechte der Organisation und der Propaganda erhalten und sie darf erwarten, durch deren rege Ausnützung wieder an die Macht zu gelangen. Eine politische oder ökonomische Niederlage bedeutet da für eine Arbeiterpartei nur Ansporn zu vermehrter Tätigkeit und zu strengerer Selbstprüfung. Der politische und ökonomische Kampf erzielt in der Demokratie zunehmende Ausdehnung der freien Organisation der Massen, Zunahme ihrer politischen und ökonomischen Erfahrungen, also stetes Wachstum ihrer Fähigkeit, den Staat und das Wirtschaftsleben selbst einzurichten und zu verwalten.

Die Demokratie bleibt für die arbeitenden Klassen unentbehrlich auch dort, wo sie nicht an der politischen Macht sind. Die Diktatur schädigt diese Klassen geistig und materiell auch dort, wo sie in den Händen von Arbeiterfreunden liegt.

Sie kann sich nur behaupten, wenn sie die Massen in steter Unterwürfigkeit erhält, den Geist der Kritik und der Initiative in ihnen ertötet. Das führt bei längerer

Dauer zu einem Verkommen des Volkes und des Staatswesens. Diese Wirkung tritt unter allen Umständen ein, selbst wenn die Diktatur sich sozialistische Ziele setzt. Denn diese sind nur zu erreichen, wenn die arbeitenden Klassen mit Feuereifer, Verständnis und geistiger Selbständigkeit an der Neuordnung der gesellschaftlichen Produktion und des Staatslebens arbeiten.

Sicher wird durch das bloße Bestehen einer demokratischen Verfassung auf dem Papier die ökonomische Übermacht der großen Ausbeuter nicht gebrochen. Aber wie sollen die Arbeitermassen ohne demokratische Rechte einen systematischen, organisierten Kampf gegen ihre Ausbeuter führen können?

Der Umstand, daß die Demokratie nicht ohne weiteres den Sieg der Sozialdemokratie bedeutet und daß sie, wo ein solcher eingetreten, ihn nicht für alle Zeiten sichert, ist in keiner Weise ein Grund, die Demokratie gering zu schätzen und sie nicht dort, wo sie besteht oder errungen wird, nach Kräften zu stabilisieren. Die Stabilisierung der Demokratie ist notwendig und möglich. Die dauernde Stabilisierung einer Parteiherrschaft ist unmöglich. Schon ihr Versuch führt zu unerträglichen Zuständen.

Gerade der Umstand, daß in der Demokratie die Herrschaft der Sozialdemokratie nicht ohne weiteres gewährt ist, wird aber ein zwingender Grund für uns, wie für jede demokratische, auf die Massen rechnende, ihnen dienende Partei, auf eifrigste danach zu trachten, ihre Macht in der Demokratie durch unermüdliche Arbeit für das Volk zu vermehren und zu befestigen. Wir wollen die Herrschaft unserer Partei nicht in der „Verfassung verankern", wir wollen diese nicht zu einem Faulbett machen, um auf unseren Lorbeeren zu ruhen. Aber wo wir die Herrschaft errungen haben, müssen wir ununterbrochen danach streben, sie in der Seele des Proletariats zu verankern. Das bedeutet nicht eine einmalige Festsetzung, mit der wir uns für immer begnügen können, sondern ein unermüdliches Ringen um die Wahrung der proletarischen Interessen, die zusammenfallen mit den Gesamtinteressen der Gesellschaft. Sowohl diese wie jene zu erkennen und zu verfechten, werden wir durch die Demokratie gerade

deswegen gezwungen, weil sie die politische Herrschaft der Sozialdemokratie nicht schon durch ihr bloßes Bestehen stabilisiert.

Alle Maßregeln, die unsere Partei in diesem Sinne durchzuführen hat, sobald sie an die Macht gelangt, werden eine sozialistische Tendenz haben. Entscheidend für die Durchführung jeder neuen sozialen Einrichtung wird die Frage sein, ob sie die Lage der arbeitenden Menschen verbessert, materiell oder moralisch. Es wäre absurd, dabei einen Unterschied zwischen „reformistischen" oder „revolutionären" Maßregeln zu machen und die ersteren auszuschließen oder gar unter den Sozialisten zwei verschiedene Klassen zu unterscheiden, die der Reformisten, die zu verurteilen, und die der Revolutionäre, die hoch zu preisen sind. Unter reformistischen Maßregeln versteht man solche, die mit der bestehenden Produktionsweise vereinbar sind, und unter revolutionären solche, die geeignet sind, sie aufzuheben.

Als die erste Internationale 1864 ins Leben trat, deren führender Geist Karl Marx war, setzte sie sich vor allem die Aufgabe, die Gründung von Gewerkschaften und den Erlaß von Arbeiterschutzgesetzen in den Industrieländern zu fördern. Das erschien gar manchem Revolutionär als ein höchst unzulängliches reformistisches Tun. Man wendete gegen Gewerkschaften und Arbeiterschutzgesetze ein, daß sie das kapitalistische Übel nicht an der Wurzel angriffen, die kapitalistische Produktionsweise fortbestehen ließen; der Kampf für sie sei daher als Kraftverschwendung abzulehnen. Die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatsunterstützung hebe dagegen das Lohnsystem auf, sei also revolutionär.

In Wirklichkeit hat die Arbeit des „Reformisten" Marx in der Internationale für den Aufstieg des Proletariats die höchste Bedeutung gewonnen, indes die der „revolutionären" Gründer von Genossenschaften mit Staatshilfe spurlos vorüberging. Wir haben schon oben in einem anderen Zusammenhang bemerkt, daß jeder Sozialdemokrat Revolutionär schon durch sein Ziel ist. Inwieweit die einzelnen Maßregeln, für die er sich jeweilig zu bemühen hat, als reformistische oder revolutionäre zu bezeichnen sind, hängt jedesmal von der historischen Situation ab. Als Sozialist unter allen Umständen Reformist sein zu w o l l e n, ist sicher lächerlich. Nicht minder aber das Bemühen, sich stets nur auf revolutionäre Maßregeln beschränken zu w o l l e n.

Wir werden, wenn wir die politische Macht errungen haben, reformistische ebenso wie revolutionäre Einrichtungen zu schaffen haben. Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird darin bestehen, die Produktion soweit als möglich zu sozialisieren in staatlichen, kommunalen, genossenschaftlichen Betrieben. Davon habe ich schon oben gehandelt. Aber nicht alle Zweige der Produktion und des Verkehrs eignen sich heute schon zur Sozialisierung und die dafür geeigneten können auch nicht ohne weiteres, ohne lange Vorbereitung sozialistisch organisiert werden. Eine Reihe von Arbeitszweigen und Betrieben werden einstweilen oder überhaupt, als private fortbestehen müssen. Aber auch deren Arbeitern müssen wir Verbesserungen bringen, als Produzenten oder Konsumenten. Sollen wir derartige Fortschritte verachten, weil sie bloß „reformistischer" Natur sind?

Verbesserungen dieser Art haben gegenüber den Sozialisierungen oft den Vorteil, daß sie sofort ohne weiteres durchführbar sind und manche von ihnen kommen nicht bloß einzelnen Gruppen zugute, sondern der gesamten arbeitenden Bevölkerung.

8. AUFHEBUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT.

Als die wichtigste unter derartigen „reformistischen" Maßregeln erscheint mir heute eine weitgehende V e r k ü r z u n g d e r A r b e i t s z e i t.

Als Marx in seinem „Kapital" und in der Internationale den Kampf für den Normalarbeitstag aufnahm, geschah es vornehmlich aus hygienischen und pädagogischen Gründen. Die Kapitalisten strebten danach, die Arbeitszeit so unmenschlich weit auszudehnen, daß die Arbeiter dabei physisch und intellektuell ruiniert wurden. Die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wurde dringend notwendig, um die Arbeiterschaft vor völligem Verkommen zu retten.

Marx hat den Achtstundentag als die zu diesem Zwecke geeignete Norm bezeichnet. Was er bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gefordert, hat ein halbes Jahrhundert später die Revolution von 1918 gebracht. Diese „reformistische" Maßregel war eine ihrer wichtigsten Errungenschaften. An ihr festzuhalten, ist dringend nötig.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben.

Marx hat nicht nur die Notwendigkeit des Normalarbeitstages dargetan, er hat auch gezeigt, wie die Maschine Arbeiter um ihre Beschäftigung bringt und die Arbeitslosigkeit, die „industrielle Reservearmee" zu einer ständigen Einrichtung in der kapitalistischen Gesellschaft macht.

Die bürgerlichen Ökonomen haben die Marxschen Darlegungen darüber bestritten, und manche sozialistischen „Revisionisten" haben sich der bürgerlichen Kritik vor einem Menschenalter angeschlossen. Sie wiesen auf die Tatsache hin, daß zeitweise die Arbeitslosigkeit nicht zunahm, sondern zurückging.

Das bewies nichts gegen Marx, es bewies bloß, daß jene Marxkritiker Marx nicht verstanden hatten. Marx behauptete keineswegs, daß die Maschine stets, unter allen Umständen, Arbeiter brotlos machen müsse. Der technische Fortschritt bewirke bloß, daß die Zahl der Arbeiter relativ, im Verhältnis zu einer gegebenen Kapitalsmenge immer mehr abnehmen müsse. Bei kapitalistischer Produktion kann die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die aus dem technischen Fortschritt hervorgeht, nur dann aufgehoben werden, wenn gleichzeitig die Ausdehnung des Produktionsprozesses im Lande entsprechend rasch zunimmt.

Die Arbeitslosigkeit bildet in der kapitalistischen Industrie stets ein großes Problem, aber seine Bedeutung ist nicht immer die gleiche.

Die Arbeitslosigkeit kann zurückgehen, wenn die Produktion rascher ausgedehnt wird als die „Rationalisierung", also in Zeiten der Prosperität. Um so entsetzlichere Formen nimmt die Arbeitslosigkeit an, wenn die Ausdehnung der Produktion in Stillstand gerät. Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts und etwas darüber hinaus gab es fast andauernd Prosperität. Da

kam in sozialistischen Kreisen die Idee auf, Marx habe mit seiner Erklärung der Arbeitslosigkeit Unrecht gehabt, die bürgerliche Kritik an ihm sei berechtigt.

Aber das ist schon lange her. Und seit dem Weltkrieg haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Er brachte den Arbeitern vermehrte politische Rechte, hinterließ aber auch Bedingungen, aus denen vermehrte Arbeitslosigkeit hervorging. Die Arbeiter wurden dadurch in dem gleichen Zeitraum ökonomisch geschwächt, in dem ihre politischen Rechte wuchsen. Kurzsichtige Beobachter schließen daraus, daß politische Rechte, eben die Demokratie, für die Arbeiter zwecklos seien. Das klingt sehr radikal und revolutionär, ist aber nur Wasser auf die Hitlersche Mühle. Und recht trübes Wasser dazu.

Der Weltkrieg setzte an die Stelle der Herstellung von Produktionsmitteln die von Zerstörungsmitteln. Er vernichtete viele Produktionsmittel, schuf wenig neue. Nach dem Krieg mußte der Produktionsapparat in fast allen Industriestaaten in weitgehendem Maße erneuert werden. Die so massenhaft neuproduzierten neuen Produktionsmittel wurden natürlich nach dem modernsten Stand der Technik hergestellt. Die „Rationalisierung" nahm dadurch eine Ausdehnung und ein Tempo an, wie nie zuvor.

Der Weltkrieg hat aber auch jedem Staat gezeigt, wie wichtig für ihn nicht bloß ökonomisch, sondern auch militärisch, eine technisch hochentwickelte, mit den besten Behelfen der neuesten Wissenschaft ausgestattete Produktion sei. In allen Ländern, in allen Produktionszweigen, namentlich der Landwirtschaft, in denen bis zum Weltkrieg vorkapitalistische, primitive Betriebsweisen überwogen, wurden seitdem fieberhafte Anstrengungen gemacht, sie auf die Höhe der modernsten Technik zu bringen. Damit stieg aber auch das Interesse an den technischen Wissenschaften, was wieder deren Fortschritte enorm förderte.

Das alles hat bewirkt, daß seit dem Weltkrieg die Rationalisierung aller Berufszweige ein so rasches Tempo eingeschlagen hat, daß die Ausdehnung der Produktion vielleicht dauernd dahinter zurückbleiben muß. Das heißt aber, daß ausgedehnte Arbeitslosigkeit droht, zu

einer ständigen und stets wachsenden Erscheinung in allen Staaten zu werden, die an der Warenproduktion der Weltwirtschaft beteiligt sind. Sie droht, hoch zu bleiben, sogar in Zeiten der Prosperität — wenn solche überhaupt noch zu erwarten sind, wovon wir hier nicht handeln können. Sie nimmt katastrophale Dimensionen an in einer Zeit der Weltkrise, wie wir sie eben erleben.

Da gewinnt die Frage der Arbeitszeit eine ganz neue Bedeutung. Der Normalarbeitstag diente bereits dazu, die Arbeiter vor dem Ruin durch Überarbeit zu bewahren. Er soll jetzt auch ein Mittel werden, sie vor dem Ruin durch Arbeitslosigkeit zu retten.

Schon bei der ersten großen Weltkrise, die 1873 begann und sich bis tief in die achtziger Jahre erstreckte, wurde vielfach eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit zu diesem Zwecke gefordert. Wir Marxisten konnten uns damals dieser Ansicht nicht anschließen, so sehr wir auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit hinarbeiteten. Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konnten wir sie nicht anerkennen. Die gewöhnliche Arbeitszeit war damals so lang, so erschöpfend, daß eine Verkürzung von 1—2 Stunden, die damals allein in Frage kam, etwa von 11 oder 10 Stunden auf 9, vielfach nur dazu diente, daß der ausgeruhte Arbeiter in kürzerer Zeit ebensoviel, mitunter sogar mehr produzierte, als früher der abgerackerte. Da konnte eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Wachstum der Menge des zu produzierenden Warenquantums keine Minderung der Arbeitslosigkeit bedeuten. Und wir Marxisten haben es stets abgelehnt, billige Versprechungen zu machen, mochten sie noch so viel Popularität bringen.

Heute liegen die Dinge anders. Der Arbeitstag ist zumeist so verkürzt, daß eine weitere Verminderung, etwa von 8 auf 6 Stunden, nicht mehr bewirkt, daß der Arbeiter in einer Stunde mehr erzeugt, als ehedem, so daß das Produktenquantum des einzelnen Arbeiters im Tage unvermindert bleibt. Diese Kürzung wird jetzt die Menge, die der Einzelne erzeugt, erheblich herabsetzen, so daß zur Gewinnung derselben Produktenmenge mehr Arbeiter angewendet werden müssen, als vorher.

Sobald der Normalarbeitstag zu seinen bisherigen hygienischen und pädagogischen Funktionen die neue

Aufgabe des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit erhält, ändert sich sein Wesen. Die hygienische Grenze des Maximalarbeitstages war unter bestimmten Bedingungen eine bestimmte Größe. Diese war jedoch nicht unveränderlich. Je größer die Intensität der Arbeit, desto kürzer muß der Arbeitstag sein, soll er den Arbeiter nicht erschöpfen und ruinieren. Das gleiche gilt etwa von dem Ausmaß schädlicher Bedingungen, unter denen die Arbeit vor sich geht. Arbeiten in schlechter Luft oder in lichtlosen Räumen erheischen eine kürzere Arbeitszeit, als solche in luftigen, hellen Werkstätten. Aber unter gegebenen technischen und hygienischen Bedingungen ist die Größe des zur Sicherung der Gesundheit des Arbeiters erforderlichen Maximalarbeitstags gegeben.

Anders verhält sichs mit dem Maximalarbeitstag, der nicht bloß die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Arbeiters schützen, sondern auch der Arbeitslosigkeit entgegenwirken soll. Ein solcher hängt nicht bloß von natürlichen Bedingungen ab, die sich relativ langsam ändern, sondern auch von ökonomischen Bedingungen, die ununterbrochen wechseln und ein stetes Schwanken der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Ein solcher Normalarbeitstag kann mit der wechselnden Konjunktur wechseln.

Der neue Normalarbeitstag wäre nicht, wie der alte, ein für allemal festzusetzen. Der alte Normalarbeitstag soll natürlich als dauernder Maximalarbeitstag weiterbestehen. Darüber hinaus aber sollte, bei jedem Ansteigen der Arbeitslosigkeit eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in jedem Beruf verfügt werden, der eine größere Zahl von Arbeitslosen aufweist. Die Ausdehnung dieses neuen Normalarbeitstages würde durch die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit bestimmt, und ebenso seine Geltungsdauer.

Mit Hilfe eines derartigen Arbeitstags wäre es möglich, die Arbeitslosigkeit fast restlos aufzuheben und damit alle die quälenden und verheerenden moralischen Folgen des aufgezwungenen Müßigganges, die selbst durch die beste Arbeitslosenunterstützung nicht zu bannen sind. Selbst wenn der Stundenlohn gleich bliebe, es nicht gelänge, ihn gleichzeitig ohne weiteres zu erhö-

hen, was natürlich anzustreben ist, würde die Arbeiterklasse als Ganzes an Einkommen nichts verlieren. Dieses Lohneinkommen würde nur gleichmäßiger verteilt. Für die bisherigen Arbeitslosen wäre der Gewinn ungeheuer, nicht bloß der ökonomische, sondern auch der moralische. Auch der schon Beschäftigte gewänne viel, selbst bei einer Verminderung seines Lohnes. Er bekäme viel freie Zeit und ersparte die Beiträge für die Arbeitslosenunterstützungskasse sowie die oft sehr großen Aufwendungen für notleidende Verwandte und Freunde. Er gewänne aber auch an Kampfkraft und Fähigkeit, Lohnerhöhungen zu erzielen, denn es stünden keine Arbeitslosen bereit, ihm bei einem Lohnkampf in den Rücken zu fallen. Überdies fiele für die Unternehmer ihr Beitrag zur Arbeitslosenunterstüzung weg, sie könnten um diese Summe ihre Lohnzahlungen erhöhen, ohne auch nur einen Groschen mehr auszugeben, als bisher. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß daher zu einer Erhöhung des Stundenlohns führen. Allerdings nur dort, wo die Organisationen der Arbeiter völlig frei sind.

Eine derartige weitgehende Verkürzung des Arbeitstages ist ein dringendes Erfordernis der Stunde. Diese Verkürzung kann mit einem Schlage durchgeführt werden und sie beseitigt die schlimmsten Schäden der Weltkrise für den Arbeiter. Natürlich wäre es besser, diese Krise selbst durch eine ausgedehnte Planwirtschaft aufzuheben. Aber eine solche Wirtschaft wäre nicht mit einem Schlage und nicht für einen Staat allein zu erreichen, der Kampf gegen die Krise setzt eine internationale Aktion voraus. Der Normalarbeitstag dagegen ist sofort und in einem Staate für sich allein durchzuführen. Er kommt nicht bloß den Arbeitern einzelner Produktionszweige zu Gute, sondern allen.

Selbst die bürgerliche Welt beginnt, seine Notwendigkeit zu erkennen. Unter den vielen krausen Experimenten, die Roosevelt jetzt unternimmt, ist die Verkürzung der Arbeitszeit der einzig vernünftige Vorschlag. Aber die Kapitalisten stehen jeder Verminderung der Arbeitsqual ihrer Sklaven mißtrauisch und feindselig gegenüber, da sie von einer solchen Reform eine Vermehrung der Widerstandskraft dieser Sklaven befürchten.

Am meisten wird darum eine Diktatur, die im kapitalistischen Fahrwasser schwimmt und die auf die Unterwürfigkeit der Massen angewiesen ist, einer Aufhebung der Arbeitslosigkeit durch weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit widerstreben.

Ein sozialdemokratisches Regime dagegen wird seine erste und dringendste Aufgabe auf dem Gebiet der ökonomischen Befreiung der Arbeit in dem Erlaß eines neuen Arbeiterschutzgesetzes sehen müssen, das den Arbeitstag so weit verkürzt, als zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Es wird sich bei seinem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht darauf beschränken. Die Wirkung des Normalarbeitstags würde bedeutend verstärkt durch eine Ausdehnung der Schulpflicht, etwa von 14. zum 16. Jahr und durch Herabsetzung der Altersgrenze der Altersversicherung, etwa zum 60. Lebensjahr. Alles das müßte den Arbeitsmarkt enorm entlasten.

Wir werden daneben natürlich auch auf Überwindung der Weltkrise hinarbeiten und die Herrschaft der großen Monopolisten, namentlich des Grundbesitzes, der Schwerindustrie, der Banken brechen müssen. Aber alles das kann nicht so rasch geschehen und nicht so früh seine vorteilhaften Wirkungen äußern, wie die Verkürzung der Arbeitszeit.

Außer den schon genannten ungeheuren Vorteilen für das gesamte Proletariat, welche diese Maßregel nach sich ziehen wird, ist noch einer zu erwähnen, der von höchster Bedeutung werden kann.

Eine der schlimmsten Schädigungen der Kraft des Proletariats seit dem Ausbruch des Weltkrieges ist seine Spaltung in den meisten Ländern. Zuerst war es der Streit über die politische Haltung im Krieg, der gar manche sozialistische Partei zerriß, dann das Aufkommen der Leninschen Diktatur in Rußland, die den Anspruch erhob, das Proletariat der ganzen Welt zu kommandieren und die Leninanhänger in allen Ländern gesondert zu organisieren. Schließlich kam noch das Erstehen faschistischer Bewegungen, die sich aus den Abfällen der verschiedensten Klassen rekrutieren, darunter leider auch Proletarier.

Die geschulten, gewerkschaftlich organisierten Arbei-

ter blieben zumeist der Sozialdemokratie treu, die ungeschulten, unorganisierten verfielen dagegen leicht den Lockungen von Kommunisten oder Nationalsozialisten, die ihnen den Besitz goldener Berge für morgen schon versprachen.

Die Spaltung des Proletariats, die aus bestimmten, vorübergehenden politischen Situationen im Kriege hervorgegangen war und mit ihnen wieder verschwinden konnte, erhielt so eine ökonomische Grundlegung, die den Gegensatz in den proletarischen Reihen vertiefte und dauerhafter machte.

Diese ökonomische Grundlegung der Spaltung wurde noch enorm verstärkt durch die riesigen Dimensionen der Arbeitslosigkeit seit dem Ausbruch der Weltkrise in den letzten Jahren.

Die verhungernden, verzweifelnden Arbeitslosen können nicht warten, bis die Sozialdemokratie mit den Mitteln der Demokratie zur stärksten Partei wird und ihnen die Linderung ihrer Leiden bringt. Wer ihnen verspricht, mit Methoden der Gewalt morgen schon Arbeit oder Wohlleben zu verschaffen, der ist ihr Mann. Sie sind zu unwissend und zu sehr rasend gemacht durch drückendste Not, um erkennen zu können, wie sinnlos diese Versprechungen sind und daß die Methoden der Gewalt dem Proletariat weit weniger Hilfe bringen, als die der Demokratie.

Die Arbeitslosigkeit bedrängt nicht bloß die Arbeitslosen, sie schwächt auch die Kampfkraft des gesamten Proletariats, zunächst besonders die der Gewerkschaften. Sie vertieft auch die Spaltung der Arbeiterparteien.

In England hatte es nach der Niederlage des Chartismus eine ähnliche, ökonomisch begründete Spaltung des Proletariats gegeben. Die zwischen gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Proletarier. Das wurden zwei verschiedene Welten, die von einander abgesondert existierten. Die unorganisierten Arbeiter versanken in wachsendem Elend, zeigten sich zu jeder Aktion unfähig. Die gewerkschaftlich organisierten erhoben sich über sie als eine besondere Aristokratie. So mächtig diese sich vorkam, so wurde sie doch unfähig zu einem selbständigen Handeln. Sie wurde ein bloßer Anhang des radikalen Teils der Bourgeoisie. Ein

ganzes Menschenalter lang gab es in England keine sozialistische Bewegung von Belang.

Das war sehr schmerzlich für den internationalen Sozialismus. Triumphierend verkündigten die Politiker der Bourgeoisie, die Arbeiter Englands seien für immer immun gegen jeden sozialistischen Gedanken. In sozialistischen Kreisen gab es, wie immer, gar manchen, der es vorzog, ihm unangenehme soziale Erscheinungen entrüstet zu brandmarken, was sehr leicht ist, ehe er versuchte, sie zu begreifen, was oft recht große Schwierigkeiten macht. Mit Geringschätzung bei den Sozialisten des europäischen Festlandes wurde von den englischen Arbeitern gesprochen. Nicht nur die „Bonzen" der Gewerkschaften, sondern sogar Marx wurde mitunter namentlich von anarchistischer Seite für diesen Stand der Dinge verantwortlich gemacht. Hatte er doch die Internationale geführt, und das Verschwinden jeglichen sozialistischen Denkens innerhalb der Partei Englands folgte auf das Wirken der Internationale.

Alle diese kindischen Vorwürfe und Beschuldigungen sind heute vergessen. Geblieben ist aber die Erinnerung an die politische Schwäche der englischen Arbeiterbewegung infolge der Spaltung des englischen Proletariats in organisierte und nicht organisierte Elemente, die miteinander nichts zu tun hatten.

Viel ärger wirkt heutzutage die Spaltung zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern. Gelingt es, diese Spaltung durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu überwinden, dann ist ungeheuer viel für das Erstarken des Proletariats geschehen. Damit wird die sicherste Grundlage für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats geschaffen, die schon seit langem von seinen Vertretern gefordert wird, ohne daß es gelänge, ihr näher zu kommen.

Aufhebung der Arbeitslosigkeit, Einnahme der Hochburgen der großen Ausbeuter, des großen Grundbesitzes, der Schwerindustrie, der Banken, das sind Maßregeln, an die ein sozialdemokratisches Regime sofort zu gehen hat. Gelingen sie, so bringen sie eine solche Fülle von Wohlstand und Glück und Freiheit der Massen, daß die politische Herrschaft der Sozialdemokratie darin ihre sicherste Stütze findet, ohne jegliche Diktatur, die,

Friedrich-Ebert-Stiftung

auch wenn von einer arbeiterfreundlichen Regierung geübt, nur dazu dienen könnte, die Bewegungsfreiheit der Massen aufzuheben und diese gegen die Regierung zu erbittern. Diese Bewegungsfreiheit, das und nichts anderes ist die Demokratie. Jegliches Wesen verlangt von Natur aus schon nach Freiheit der Betätigung. Schon in der Tierwelt finden wir, daß selbst die reichlichste Fütterung und beste Behandlung die in einem Käfig eingesperrten Tiere nicht den Verlust der Freiheit vergessen machen kann. Und selbst bei bester Ernährung erreichen Lebewesen im Gefängnis nie jene Kraft und Intelligenz, die sie bei freiester Übung ihrer Fähigkeiten entwickeln können. Noch schlimmer natürlich ist es dort, wo mit dem Verlust der Freiheit noch Mißhandlung und Mangel an Nahrung Hand in Hand geht.

Manche von uns wollen die Demokratie, aber nur für das Proletariat. Noch niemand hat des Näheren dargelegt, wie die Demokratie für das Proletariat mit der Diktatur über die anderen Volksklassen zu vereinbaren sei. Solange das nicht geschehen, erlaube ich mir, die Idee für eine absurde Phantasie zu erklären. Wohl aber glaube ich gezeigt zu haben, daß nach der Überwindung des Faschismus die Sicherung der Demokratie und die Sicherung der Entwicklung zum Sozialismus sehr wohl möglich sind.

Allerdings nur möglich. Eine Garantie, daß die Demokratie unter allen Umständen gesichert sei und daß die Demokratie unter allen Umständen zum Sozialismus führen müsse, kann man nicht übernehmen. Nur unter einer bestimmten Vorbedingung werden die Demokratie und in ihr der Aufstieg zum Sozialismus gewährleistet sein: Diese Vorbedingung besteht in dem Vorhandensein eines geistig, wie organisatorisch gut entwickelten, politisch erfahrenen Proletariats.

Wo dieses fehlt, führt die Demokratie kaum zum Sozialismus, kann sie selbst unter Umständen bedroht sein. Wo ein solches Proletariat fehlt, führt aber auch kein anderer Weg zum Sozialismus. Selbst wo da ein Antikapitalismus erreicht wird, bedeutet er bloß bürokratische Staatswirtschaft mit Staatssklaverei, eine Produktionsweise, die ökonomisch unzulänglich ist und alle geistigen Fähigkeiten der Arbeiter verkümmert.

Nur in der Demokratie, in freiem Wettbewerb aller geistigen Strömungen in der Bevölkerung, kann das Proletariat die Kraft und Fähigkeit erlangen, sich selbst zu befreien, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß selbst zu verwalten. Und nur in der Demokratie kann es diese Fähigkeit in einer Weise zur Anwendung bringen, die ein der kapitalistischen Produktionsweise in jeder Weise überlegenes Wirtschaftssystem schafft. Jenes System, das Marx und Engels im Kommunistischen Manifest bezeichneten als „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Wer behauptet, daß eine sozialistische Gesellschaft nur aus einer Diktatur, nicht einer Demokratie hervorgehen könne, der bezeugt dabei im Grunde sein Mißtrauen nicht gegen die Demokratie, sondern gegen das Proletariat.

Die Ideologie der Diktatur ist die Ideologie des Leithammels, ist die Gleichsetzung der Masse der Proletarier mit einer Herde unwissender, gedankenloser Schafe. Wer diese Ideologie akzeptiert, der mag den Sieg des Sozialismus noch so heiß wünschen. Er bekundet dessen moralischen Bankrott.

Wir aber glauben an das Proletariat, an seine Entwicklungsfähigkeit, an seine Zukunft und darum hegen wir volles Vertrauen zur Demokratie.

Seit anderthalb Jahrhunderten ringen die arbeitenden Massen in Europa um die Demokratie. Zahlreich waren dabei ihre Niederlagen, nie fühlten sie sich entmutigt, nie verloren die Kämpfer für sie das Vertrauen zu ihr, stets erstand die Demokratie immer wieder.

Auch weiterhin halten wir das Banner hoch, das uns und unsere Väter und Urväter seit anderthalb Jahrhunderten begeistert, und, trotz mancher schmerzlichen Mißerfolge doch immer wieder vorwärts geführt, und das Antlitz der Welt grundlegend umgestaltet hat. Eine vereinzelte Niederlage soll uns nicht veranlassen, diese bewährte Front zu wechseln, die allein im Stande ist, unsere Partei zum Siege zu führen, die arbeitende Menschheit für immer zu befreien!

INHALT:

Vorwort 5
1. Das neue Wirtschaftsprogramm der Revolution 9
2. Die Idee der Diktatur 19
3. Methoden und Ziele des Kampfes gegen den Faschismus 30
4. Die Gebiete der Diktatur 39
5. Die Diktatur in der Partei 45
6. Die Befestigung der Demokratie 50
7. Die Stabilisierung der politischen Macht der Sozialdemokratie 56
8. Aufhebung der Arbeitslosigkeit 61